

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 05, Juni 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz



Graz: Mehr Spielhöllen als Kindergärten

Ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass die Wettcafés in Graz wie Schwammerl aus dem Boden schießen? Gerade Menschen, denen es schlechter geht, hoffen auf das große Glück und tragen ihr Geld in die Spielhöllen. Die KPO macht dagegen mobil. Bitte helfen Sie mit und unterschreiben Sie!

Seite 11-14



www.bigshot.at

Sommerzeit – Ferienzeit. Das wird viele zu einem Kopfsprung ins kühle Nass veranlassen. Leider hat Graz die teuersten Bäder, die noch dazu dringend saniert werden müssen wie etwa das Eggenberger Bad in unserem Bild. Das Stadtblatt wünscht dennoch einen erholsamen Sommer!

IM DIENST DER STADT:

**Wirtschaftsbetriebe
feiern 100er** S. 2/3

TEURER EINTRITT:

**Weiter getrubter
Badespaß in Graz** S. 5

KICKENDE KINDER:

**Fußballverein sucht
Ehrenpräsident** S. 15

Keine Geschäfte
mit der Spielsucht!

ELKE KAHR

KPO

www.kpoe-graz.at

aufrichtig
sozial
unverwechselbar

MIETEN Wohnen teurer

Der „freie Markt“ macht Wohnen in Graz gegenüber 2006 um 5,5 % teurer. Sozialer Wohnbau wird immer wichtiger.

In Graz sind die Preise für Mietwohnungen am privaten Wohnungsmarkt gegenüber 2006 um 5,5% gestiegen. Der österreichische Durchschnitt lag bei 3,7%. Diese Angaben gelten für Wohnungen, die keiner gesetzlichen Obergrenze unterliegen.

Elke Kahr (KPÖ): „Diese dramatische Mietpreisentwicklung zeigt, wie dringend wir Grundstücke für das Errichten von Gemeindewohnungen brauchen; etwa entsprechend unserer Forderung nach Gemeindewohnungen auf Kaserngrund.“

Die KPÖ tritt im Interesse der Mieter/innen für fixe Mietzinsobergrenzen bei allen Wohnungen ein. Wohnen darf nicht arm machen.

KOMMENTAR

Nie und nimmer!

Verkauf von Gemeindewohnungen? „Nie und nimmer.“ – Das sagt die SPÖ in Graz. In Klagenfurt haben SPÖ und ÖVP aber die Gemeindewohnungen verkauft. Für die SPÖ hat sich das in einer anderen Welt abgespielt.

Was sagt die Grazer SPÖ aber zu folgenden – näher liegenden – Beispielen? In Weiz wurden die Gemeindewohnungen verkauft. Und auch im SPÖ-dominierten Köflach werden 300 Gemeindewohnungen verscherbelt, um die Gemeinde vor dem Bankrott zu retten.

Nur die Stärke der KPÖ hat diesen Ausverkauf in Graz bisher verhindert. Wir sagen dazu wirklich: „Mit uns nie und nimmer!“

Franz Stephan Parteder

100 JAHRE IM DIENST DER STADT

Vom Pferdefuhrwerk zum

Die Wirtschaftsbetriebe feiern ihren 100. Geburtstag. Wo heute Müllwägen, Schneepflüge und Multifunktionsfahrzeuge ein- und ausfahren, wieherten vor hundert Jahren Pferde, die vor Fuhrwerke der Fäkalien- und Kehrriechtabfuhr gespannt wurden.

Im 19. Jahrhundert wurde Graz zu einer „Großstadt“, die Infrastruktur- und Entsorgungsdienste benötigte. Mangels eines Kanalnetzes wurden Fäkalien damals noch in Fässern gesammelt und in der Mur entsorgt. Die Straßenreinigung war zur Jahrhundertwende ein Teil der Armenfürsorge und er-

folgte händisch. Der Müll – damals als Kehrriech bezeichnet – wurde in unregelmäßigen Abständen und auf offenen Wägen abtransportiert.

1907: Fuhrhof

Ständig steigende Preise der privaten Fuhrwerksunternehmer sowie Proteste wegen

der Staub- und Geruchsbelästigung bewirkten eine wichtige Weichenstellung: Der Gemeinderat beschloss, die Müllabfuhr durch die Stadt besorgen zu lassen. Damit einher ging der Beschluss zur Errichtung eines Fuhrhofes im Jahr 1907. Der Grundstein für den späteren Wirtschaftshof und die Wirtschaftsbetriebe war gelegt. Am Fuhrhof in der Grazer Sturzgasse waren damals 200 Bedienstete mit 80 Fuhrwerken und 130 Pferden im Einsatz.

Seit 1907 ist die Stadt für Müllabfuhr und Straßenreinigung zuständig und bemüht sich um die Einhaltung hoher Qualität der Leistungen für die Stadt.



Fotos: WIRTSCHAFTSBETRIEBE



„Multi-Car“

1928: Wirtschaftshof

Ende der 20er-Jahre kam es zu grundlegenden Veränderungen: die Fäkalienabfuhr wurde durch die Kanalisierung überflüssig. Gleichzeitig erforderten die Motorisierung des Fuhrparks und die Umstellung der Müllabfuhr auf Colonia-Tonnen neue Räumlichkeiten. Aus den ehemaligen Stallungen wurden daher Garagen und Reparaturwerkstätten und aus dem Fuhrhof ein Wirtschaftshof.

Die Probleme der Kriegs- und Nachkriegsjahre führten zu Rückschlägen bei der städtischen Infrastruktur. Erst in den 50er-Jahren erfuhren die kommunalen Dienste durch neue Fahrzeuge und Techniken wieder einen Modernisierungsschub. Mit dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohlstand vervielfachten sich auch die Aufgaben der städtischen Dienste: Das

Straßennetz erweiterte sich durchschnittlich um 20 Kilometer pro Jahr, die Abfallmenge wurde stetig größer.

2002:

Wirtschaftsbetriebe

Durch Zusammenlegen des Wirtschaftshofes mit Teilen des Straßen- und Stadtgartenamtes entstand 2002 ein neuer Eigenbetrieb der Stadt Graz. Aus dem ehemaligen Fuhrhof hat sich heute ein kommunaler Betrieb mit einem guten Image entwickelt. Über 700 Mitarbeiter und ein moderner Fuhrpark bilden die Basis für die Straßenerhaltung, Müllabfuhr und Grünraumpflege.

Doch auch wenn im Laufe der vergangenen 100 Jahre die alten Pferdefuhrwerke einem modernen Fuhrpark gewichen sind, eine Werkstätte, die auch heute noch gebraucht wird, erinnert immer noch an die alten Zeiten: die Schmiede.



KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis „Eine Ausgliederung oder Privatisierung der Grazer Wirtschaftsbetriebe kommt nicht in Frage. Dieses Unternehmen gehört allen Grazerinnen und Grazern und es beweist, dass die öffentliche Hand erfolgreich wirtschaften kann: Gemeinnützige Aufgaben wie die Straßenerhaltung, Grünraumpflege und Müllabfuhr werden unter Einsatz moderner Techniken und auf Basis ökonomischer Grundsätze geleistet.“

Skandalflieger Eurofighter

Vom Ausstieg aus dem 18-Milliarden-Euro-Geschäft, wie ihn die SPÖ vor der Nationalratswahl versprochen hat, ist kaum mehr die Rede. Dafür wollen sie die ganze Belastung von Menschen und Umwelt auf die Steiermark konzentrieren. Korruption wird mit den Eurofightern zur Selbstverständlichkeit. Die Nutznießer der Eurofighter fordern immer mehr Geld.

Es ist zu befürchten, dass Milliarden verpulvert werden, damit die Steirer/innen den Fluglärm ertragen dürfen, damit Österreich fit für eine EU-Armee ist und die Neutralität abgeschafft wird. Am 16. Juni wurde vor dem Parlament gegen die Flieger demonstriert, bei denen eine Flugstunde so viel Geld verschlingt wie eine Pensionistin in Österreich in drei Jahren bekommt!



MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

Wohnen darf nicht arm machen

Wohnen macht arm! Diesen Stoßseufzer haben schon viele von uns mindestens einmal in ihrem Leben ausgestoßen: Wohnungsnot, Mietenwucher, Zahlungsverpflichtungen und andere Probleme machen einem das Leben schwer.

Wir versuchen in Graz gegenzusteuern und haben dabei einiges für die Menschen erreicht. Von der Belastungsgrenze in Gemeindewohnungen über das Sanierungsprogramm bis zum Mieternotruf reichen die Versuche, die Lage der Leute zu verbessern. Vielen konnte so geholfen werden, Hilfe zu leisten ist notwendiger denn je.

Und wir haben noch viel vor. Eines unserer Ziele ist die Schaffung von neuem Wohnraum durch den Bau von Gemeindewohnungen auf Kasernengrund. Denn Graz braucht dringend mehr Gemeindewohnungen, um den steigenden Bedarf stillen zu können!

Gleichzeitig sind wir mit der Meinung konfrontiert, dass es keine Alternative zum gegenwärtigen Kurs in der Wohnungspolitik geben würde, der so viele Menschen in ernste Probleme bringt. Deshalb führen wir am 29. Juni im Grazer Volkshaus in der Lagergasse 98 unsere Tagung über Gegenwart und Zukunft des sozialen Wohnbaus in Graz durch (siehe S. 18).

Das Ziel der Tagung sind Vorschläge zum sozialen Wohnbau, die nicht von den Interessen der Banken, der Haus- und Grundbesitzer und der Investoren, sondern von den Anliegen der Bevölkerung ausgehen. Wir wollen damit Denkanstöße liefern und in unserer Arbeit dazu beitragen, dass positive Reformen auch verwirklicht werden.

Wohnen darf einfach nicht arm machen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060
elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Stadtwerke-Boss müsste man sein. Die fahren ein Millionen-Minus ein und bekommen dafür mehr Prämie, als eine Verkäuferin in einem Jahr verdient.

INHALT

Wirtschaftsbetriebe feiern....	2/3
Schöner Gemeindebau	4
Bus und Bim wieder teurer	5
Gagenkaiser trotz Verlusten ...	6
Unfaire Spesen für Mieter	8
Je weniger Einkommen, desto kränker die Menschen	9
Mogelpackung EU	10
Hilfe für Harmonikazentrum	15
Wege für sozialen Wohnbau	18
Schule: Gleiche Chancen für alle Kinder	19
Schwesterstädte Graz-Triest	19
Aus den Bezirken	20/21
Tipps für Pensionisten	23

13 NEUE GEMEINDEWOHNUNGEN

Triestersiedlung im Aufschwung

Zwei sanierte Wohnhäuser im Muchitschblock wurden übergeben, die letzten drei folgen mit Jahresende.

und den Anforderungen an zeitgemäßes Wohnen entsprechen – schöner Wohnen im Gemeindebau.

Keine Pause im städtischen Wohnungsamt! In der Weißenhofgasse 8 und 10 wurden eben 13 neu sanierte Gemeindewohnungen an ihre Mieterinnen und Mieter übergeben. „Es ist besonders schön, dass drei der Wohnungen mit einer Nutzfläche von mehr als 100 Quadratmetern speziell für kinderreiche Familien ausgerichtet worden sind“, freut sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Im Rahmen einer kleinen Feier konnte Stadträtin Elke Kahr gemeinsam mit Landesrat Seitinger die Wohnungen an die neuen Mieter und Mieterinnen übergeben. „Wir wollen leistbares und schönes Wohnen anbieten“, so das Ziel der Wohnungsstadträtin. Seitinger: „Wir hoffen, dass den Mietern wegen der niedrigeren Energiekosten nun mehr Geld übrig bleibt.“

Die Sanierung des Vinzenz-Muchitsch-Blocks, zu dem diese beiden Häuser gehören, biegt übrigens in die Zielgerade. Die letzten drei Häuser werden bis Jahresende übergeben. Und auch der Innenhof wird noch heuer um 470.000 Euro auf Vordermann gebracht. Kein Wunder, dass die Nachfrage nach Wohnungen in der Triestersiedlung wieder steigt!



Groß war die Freude bei 13 neuen Mieterfamilien im Muchitschblock, die unlängst ihre neu sanierten Gemeindewohnungen beziehen durften. Dabei ergab sich manches Plauscherl mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr.



Die städtischen Wohnhäuser wurden mit Fördermitteln des Landes um rund 1,2 Millionen Euro umfassend saniert. Insgesamt 909 Quadratmeter macht die Nutzfläche der Wohnungen aus, die nun über ein schönes Bad, Parkettböden und einen Fernwärmeanschluss verfügen

Vergabe von Gemeindewohnungen – wie es wirklich ist

Gerecht, transparent und einstimmig

In Graz werden Gemeindewohnungen nach einem Punktesystem vergeben, das sozial und transparent ist. Deshalb hat der Wohnungsausschuss, in dem GemeinderätInnen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und FPÖ vertreten sind, die Wohnungsvergaben kein einziges Mal beinsprucht!

Am 25.11.2003 unterzeichnete unter anderem auch der damalige FPÖ-Justizminister Böhmendorfer in Brüssel die EU-Richtlinie betreffend die Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen. Am 23.1.2006 setzte die einer ÖVP/BZÖ Regierung angehörende Innenmi-

nisterin Prokop diese Richtlinie per Verordnung um. Aufgrund dieser Verordnung sind Stadträtin Elke Kahr und das städtische Wohnungsamt verpflichtet, auch Nicht-EU-BürgerInnen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (zB. zumindest 5-jähriger, legaler Aufenthalt

in Österreich) eine Gemeindewohnung zuzuweisen.

Das wird im Wahlkampf von einigen VertreterInnen anderer Parteien gerne „vergessen“, wenn es darum geht, Stadträtin Kahr für behauptete Ausländerghettos in Gemeindebauten verantwortlich zu machen. Anstatt tatkräftig die Bemühungen der KPÖ zu unterstützen, der immer größer werdenden Zahl von WohnungswerberInnen, die sich auf dem überbelegten „freien“ Markt kein Dach über dem Kopf leisten können, mit einer Wohnbauoffensive zu begegnen (Stichwort: Wohnen auf Kasernengrund), werden

die Grazer und Grazerinnen für dumm verkauft, indem man versucht, ihnen auf niveauloseste Art einzureden, man könne Nicht EU-Bürger einfach von der Zuweisung von Gemeindewohnungen ausschließen, wenn man nur wolle. Freilich ist das seit Inkrafttreten der obgenannten Verordnung nicht mehr möglich.

In einem Fall wurde von einem Ghetto in Puntigam gesprochen. Eine genaue Nachforschung hat ergeben, dass von den 30 MieterInnen 25 österreichische Staatsbürger sind. Lediglich zwei sind Nicht-EU-Bürger. Apropos: Für das Staatsbürgerschaftswesen sind sowohl der Bund (SPÖ/ÖVP) als auch das Land Steiermark (SPÖ/ÖVP) zuständig...

Rat und Hilfe.
Mieter-Notruf
717108



VIELFAHRER BESTRAFT

Bus und Straßenbahn schon wieder teurer

Mit 1. Juli wird das Fahren in Bus und Straßenbahn teurer. Die KPÖ will Nahverkehrsabgabe statt hoher Preise für Fahrgäste.

weiterhin 1,70 Euro, der Preis für den 10-Zonen-Block hingegen wird von 14,80 auf 15,20 Euro angehoben. Alle Karten bleiben weiter gültig!

„Wir lehnen diese Tarifierhöhung ab. Besonders widersinnig ist, dass alle Zeitkarten teurer werden“, meint die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. Die Treue von Vielfahrerinnen und Vielfahrern werde dadurch bestraft. Anstatt der hohen Tarife setzt die KPÖ auf eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmer zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, wie das in Wien seit Jahrzehnten der Fall ist.

„Wie ein Zeitkartenbesitzer vorgerechnet hat, macht die Tarifierhöhung für Jahreskarten



seit dem Jahr 2005 satte 14 % aus!“, berichtet die Stadträtin, „damals lag der Preis für eine Jahreskarte bei 271 Euro, jetzt wird sie 308 Euro kosten.“

Besonders pikant: Der Landtag hat im Vorjahr – ge-

gen die Stimmen der ÖVP – die Rücknahme der letzten Tarifierhöhungen von 2006 beschlossen. Jetzt wird es wieder teurer statt billiger. Da möchte man an der Durchsetzungskraft des Landtags fast zweifeln.

TEUERSTE LANDESHAUPTSTADT BEI BÄDERPREISEN

Weiter getrübler Badespaß in Graz

Neben hohen Eintrittspreisen spukt das Gespenst vom Zusperrern des Margarethen- und Augartenbades in Graz herum. Viele erinnern sich mit Schrecken ans Schicksal des schönen Pammerbades.



KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger: Vorkämpferin für günstigere Tarife in Grazer Bädern.

Für Familien wird der Badespaß im Grazer Sommer zum Luxus, meint KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger. 13,50 Euro kostet ein Badetag für eine vierköpfige Familie. Die KPÖ Gemeinderätin pocht seit Jahren auf das Senken der Tarife in den städtischen Schwimmbädern: „Die Preispolitik der Grazer Freizeitbetriebe führt dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern schon bald zum Luxus wird. Die Eintrittspreise liegen über jenen in anderen Landeshauptstädten. Auch die Familienkarten sind keine Alternative.“

Die Hauptkritik: Das unflexible Tarifsysteem in Graz. Anders als in den Vergleichsstädten unterscheidet das Tarifsysteem der Grazer Freizeitbetriebe nicht zwischen Kindern und Jugendlichen in der Altersspanne zwischen 6 und 15 Jahren. Auch die Familienpakete sind in Graz teurer als in Wien oder in Linz. In Linz zahlt eine 4-köpfige

Familie 11 Euro, in Graz 13,50 Euro. Daneben sorgen sich viele um das Margarethen- und das Augartenbad. Wegen der Verluste der Grazer Freizeitbetriebe geistert das Gespenst von deren Schließung herum. Bürgermeister Siegfried Nagl hat zwar versprochen, dass kein Bad gesperrt wird. Allerdings versprach er – damals als Finanzstadtrat – vor der letzten Gemeinderatswahl auch, Geld zum Sanieren des Pammerbades aufzutreiben. Nach der Wahl sperrte das Bad zu, weil es die versprochene Hilfe nie gab.

Um dem vorzubeugen, hat eine Initiative rund um das Margarethenbad mehr als 2200 Unterschriften gesammelt, um die Sperre im Keim zu ersticken. Klarerweise sprach sich Bürgermeister Nagl auch diesmal – wieder vor einer Gemeinderatswahl – für den Erhalt des Bades aus. Ob man sich darauf verlassen kann oder ob sich das Schicksal des Pammerbades wiederholt, wird sich weisen.

MEHR ALS 200.000 EURO BELOHNUNG FÜR SATTES MINUS Gagenkaiser bei den Stadtwerken

Seit die Energiebereiche vor fünf Jahren verkauft wurden, schreiben die Stadtwerke Jahr für Jahr ein Millionen-Minus. Dennoch bekommen die beiden Stadtwerke-Bosse fette Prämien.



KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: Nach Antrag nahm Rechnungshof Stadtwerke ins Visier.

Verkehrs- und Freizeitbetriebe und Bestattung fahren weiter Millionenverluste ein. Gleichzeitig verdienen die Direktoren dort stattliche Summen. So gehen 185.000 Euro pro Jahr an GVB-Chef Antony Scholz, berichtete die Kleine Zeitung.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr kritisiert erneut den Energie-Verkauf samt „Spitzengagen für Manager, aber Einsparungen für Belegschaft und Bürger“. Ein halbes Jahr vor der Grazer Gemeinderatswahl setzen SPÖ und ÖVP auf Scheinheiligkeit und diskutieren laut über die Gehälter der Stadtwerke-Vorstände Wolfgang Malik und Messner und der Bereichsdi-



rektoren, die ihre Jobs allesamt politischer Einflußnahme zu verdanken haben.

Hoch seien sie schon, und ob die Stadtwerke-Bosse angesichts der Verluste Prämien jenseits von 20.000 Euro pro Jahr bekommen müssten, sei fraglich, meint man. Obwohl

dann schnell argumentiert wird, dass vergleichbare Jobs in der Privatwirtschaft wesentlich besser bezahlt seien. Allein: Ob 250.000 Euro (mehr als drei Millionen Schilling) und mehr pro Jahr für einen Manager wo auch immer überhaupt gerechtfertigt sind, ist zu hinterfragen.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Schlanke Stadtregierung

„Grazer Mühlen mahlen sehr langsam“, so der Kommentar von KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann zum Eingeständnis von ÖVP und SPÖ, dass sie mit dem Projekt „Demokratiereform“ in dieser Gemeinderatsperiode gescheitert sind. Die KPÖ drängte am 24. Mai per Dringlichkeitsantrag auf die Verkleinerung der Stadtregierung von 9 auf 7 Mitglieder. ÖVP, SPÖ und Grüne sprachen sich dagegen aus.

„Jetzt ist klar, dass es frühestens 2013 Veränderungen geben wird. Bei diesem Hinausschieben auf den St. Nimmerleinstag darf man sich nicht wundern, wenn die Menschen nicht die beste Meinung über die Politik haben“, meint Ina Bergmann.

Solidarisch



Im Juni 2006 hat der Gemeinderat beschlossen, dass die Gehaltserhöhung der Mandatarinnen und Mandatare von 2,3 % für die Wohnungssicherungsstelle gespendet werden. Auch heuer sollte die Gehaltserhöhung einem sozialen Zweck zu Gute kommen. Allein: Keiner weiß, ob 2006 alle gespendet haben und was mit dem Geld passiert ist. KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer wartet nach einer entsprechenden Frage an Bürgermeister Siegfried Nagl auf dessen Antwort.

Sozialpass

Seit Jahren bemüht sich Elke Kahr, den Aktiv- oder

Sozialpass einzuführen, der Menschen mit niedrigem Einkommen Vorteile und Erleichterungen bieten soll. Jetzt wird er Wirklichkeit, aber nicht in Graz, sondern in Wien, ärgert sich die KPÖ-Stadträtin: „Dieser Pass ist eine gute Idee. Jetzt beginnt sie sich durchzusetzen – aber nicht in Graz.“

In Linz, Müzzuschlag, Knittelfeld oder Judenburg existiert er bereits, nun kommt er nach Wien: Ein Aktivpass, der den öffentlichen Verkehr oder den Eintritt in städtische Bäder billiger macht. Generell sollen den Aktivpass Menschen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro bekommen. „Hoffentlich spricht sich die Einführung in Wien auch

bei ÖVP und SPÖ in der

Grazer Stadtregierung herum. Schließlich haben die Leute nichts von Sonntagsreden über soziale Kälte, wenn dem keine Taten für die Menschen folgen“, hofft die KPÖ-Politikerin auf ein Umdenken in der Murmetropole.

Feng Schule

Asiatisch-esoterisch werden städtische Schulen seit September gestaltet – mit beträchtlichen Geldmitteln. Dafür muss manche Schule nun überlegen, ob sie Putzmittel kaufen soll oder pädagogische Spiele. „Die Schulen brauchen mehr Budget statt esoterischem Klimbim“, meint KPÖ-Schulsprecher Andreas Fabisch.



22.466 EURO PRO MONAT

Noch mehr Geld für Politiker

Österreichs Berufspolitiker, die ohnehin üppig verdienen, bekommen ab 1. Juli noch mehr: Ihre Gehälter steigen um 1,5 Prozent.

Wer schon viel Geld hat, dem fliegt es am ehesten zu, sagt ein Sprichwort. Die Gehälter für Politikerinnen und Politiker belegen es. Um 1,5 Prozent steigen die Politlöhne mit 1. Juli an. Bei den ohnehin stattlichen Einkommen macht das ordentliche Summen aus. Das Ausmaß der Steigerung bestimmen übrigens die Inflation oder die Pensionserhöhung des Vorjahres: Der jeweils niedrigere Wert ergibt den Gehaltsanstieg für Politiker. Heuer ist die letztjährige Inflationsrate von 1,5 Prozent schlagend.

Mehr als 20.000 Euro für Gusi

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer darf sich ab 1. Juli etwa über 300 Euro brutto mehr freuen, er überspringt

damit gehaltsmäßig monatlich die 20.000-Euro-Latte. Vizekanzler Wilhelm Molterer gibt's zwangsläufig „bescheidener“ und muss mit nunmehr 17.657 Euro brutto pro Monat auskommen. Insgesamt macht das Gehalts-Plus allein für die 20 Regierungsmitglieder knapp 5.000 Euro pro Monat aus. Ein Landeshauptmann dürfte per Regelung 16.047,20 Euro vor Abgaben pro Monat beziehen. Franz Voves ist da bescheidener. Er bekommt um etwa 1.000 Euro weniger.

Der politische Spitzenverdiener ist Bundespräsident Heinz Fischer. Er bekommt künf-

tig 22.466,10 Euro – festgelegte 280 Prozent des Gehalts eines Nationalratsabgeordneten (8.023,60 Euro).

Die Bürgermeister der Landeshauptstädte stehen in der Politiker-Gehaltspyramide weit oben. Der Grazer Bürgermeister bekommt 12.405 Euro.

POLITIKERBEZÜGE 2007

Das verdienen Politikerinnen und Politiker pro Monat (brutto in Euro):

Bundespräsident	€ 22.466,10
Bundeskanzler	€ 20.059,00
Vizekanzler	€ 17.651,90
Präsident/Präsidentin des Nationalrat	€ 16.849,50
Ministerin/Minister	€ 16.047,20
Staatssekretärin/Staatssekretär	€ 14.442,40
Präsident des Rechnungshofs	€ 14.442,40
Klubobmann/Klubobfrau im Nationalrat	€ 13.640,10
Volksanwalt / Volksanwältin	€ 12.837,70
Nationalratsabgeordnete und EU-Abgeordnete	€ 8.023,60
Landeshauptmann der Steiermark	€ 15.019,54
Landtagsabgeordnete	€ 5.138,26
Bürgermeister Graz	€ 12.405,00



Teures Haus. Allein die 183 Nationalratsabgeordneten verdienen zusammen brutto 1,47 Millionen Euro pro Monat – mehr als 20 Millionen Schilling... BIGSHOT

ÖH-WAHL Kommunistische Student/inn/en gewinnen dazu

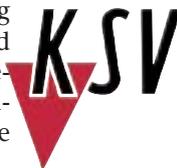
Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) freut sich über Stimmenzuwächse.

Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) hat bei der Hochschüler-schaftswahl 2007 in Graz unter schwierigen Rahmenbedingungen mit 5,56 % das beste Ergebnis in seiner 35-jährigen Geschichte erreicht. Das Mandat in der Universitätsvertretung Graz wurde gehalten, Stimmen gewonnen und der Einzug des rechtsextremen RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) verhindert.

An der Medizinischen Universität erreichte der KSV mit 7,02 % das beste Ergebnis österreichweit, für den Einzug in die Universitätsvertretung fehlten nur 19 Stimmen. An der TU Graz konnte der KSV, der hier bislang nicht kandidiert hatte, aus dem Stand 4,38% erringen. Insgesamt wurden in Graz über 500 Stimmen für den KSV abgegeben, was maßgeblich zum Erreichen des Bundesvertretungsmandats, das der Grazer Hanno Wisiak besetzen wird, beitrug.

Auch in den Studienvertretungen konnte der KSV seinen Einfluss ausbauen. In den Fächern Geschichte und Humanmedizin erreichten die Brüder Hanno und Sebastian Wisiak jeweils die meisten Stimmen. Auf dem Institut für pharmazeutische Wissenschaften konnte der Grazer KSV-Vorsitzende Andreas Nitsche in die Studienvertretung einziehen.

Die KommunistInnen sehen sich in ihrer konsequenten Interessenspolitik für die Mehrheit der Studierenden und ihrer soliden marxistischen Orientierung bestätigt und werden in diesem Sinne weitere zwei Jahre tätig sein.





Vermieterwillkür. So sieht ein Haus innen aus, in dem Vermieter ihre Mieter loswerden wollen. In dieser Baustelle leben Menschen. Mehr darüber erfahren Sie im nächsten Stadtblatt.

GUTER RAT: TIPPS ZUR KAUTION

„Auszugsspesen“ für Mieter

Wer bereits bei Bezug der Wohnung eine Mängelliste erstellt, kann sich viel Ärger und Kosten sparen – vor allem, wenn es um die Rückzahlung der Kaution geht.

Ob professionelles Immobilienbüro, ob private Vermieterin, ein spezieller Wunsch eint sie nicht selten: Nach Ende des Mietverhältnisses möglichst viel von der vom Mieter hinterlegten Kaution einzubehalten. Dabei wird gerne tief in die Trickkiste gegriffen.

Beliebte Methode: Schlüsselübergabetermine werden nicht eingehalten, beim folgenden Termin – möglichst knapp vor Ablauf der Mietdauer – werden dann „Mängel“ entdeckt. Der nächste Termin fällt dann bereits in den Monat nach Ablauf des Mietvertrages und kostet den staunenden Mieter, die staunende Mieterin einen zusätzlichen Monat Mierte, und bei manchen Hausverwaltungen darüber hinaus noch etliche Euro für eine Zweitabnahme!

Da MieterInnen zu Beginn des Mietverhältnisses meist keine Mängelliste erstellt haben, werden sie oft auch noch für Schäden verantwortlich gemacht, die bereits bei Bezug der Wohnung vorhanden waren. „Gebühren“ für Endreinigungen, Kosten für die Übernahme

der Wohnung und ähnliche Skurrilitäten runden die Palette „hauherrlichen“ Einfallsreichtums ab, wenn es darum geht, Mieter/innen noch schnell um ihre Kaution (oder Teile davon) zu erleichtern.

Unser Tipp: Erstellen Sie bei Bezug der Wohnung eine Mängelliste, wobei Sie durchaus kleinlich sein sollten. Jeder noch so kleine Kratzer im Parkettboden könnte Ihre Kaution gefährden. Machen Sie Fotos von der Wohnung sowohl bei Bezug als auch bei Ende des Mietverhältnisses, nachdem Sie die Wohnung gereinigt haben.

Sollten Sie, liebe Mieterinnen und Mieter, Fragen zu diesem Thema haben, kontaktieren Sie eine Beratungsstelle, etwa den Mieterschutzverband, den Mieternotruf der KPÖ (71 71 08) oder das Büro von Wohnungsstadträtin Elke Kahr (872-2060).

SOZIALSERVICE

Erhöhte Familienbeihilfe

Der Erhöhungsbeitrag zur Familienbeihilfe wegen erheblicher Behinderung (erhöhte Familienbeihilfe) ist ein Zuschlag zur allgemeinen Familienbeihilfe und steht solange zu, wie die allgemeine Familienbeihilfe ausbezahlt wird. Er beträgt 138,30 Euro monatlich pro behindertem Kind.

Der Antrag muss beim Wohnsitzfinanzamt mit dem Formular Beih 3 eingebracht werden. Dieses findet man auch im Internet unter www.bmf.gv.at, Link: Formulare, Link: Formulare – Steuern/Beihilfen, Link: Beihilfen, Link: Beih 3.

Nach Antragstellung wird man schriftlich zur ärztlichen Untersuchung des Kindes durch eine/n Arzt/Ärztin des Bundessozialamtes eingeladen. Ab einem Grad der Behinderung von mindestens 50 % wird die Beihilfe gewährt.

Als Behinderungen gelten: körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen und Sinnesbeeinträchtigungen. Auch für lernbehinderte Kinder (Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf) kann ein Antrag gestellt werden.

Da die erhöhte Familienbeihilfe vom Beginn der Behinderung an zusteht, und zwar auch rückwirkend bis zu fünf Jahre ab Antragstellung, empfiehlt es sich, im Formular Beih 3 das zweite Kästchen (ab dem Zeitpunkt des Eintrittes der erheblichen Behinderung...) anzukreuzen und als Nachweis für den Beginn der Behinderung Kopien aller Befunde und Behandlungsunterlagen des Kindes zur ärztlichen Untersuchung mitzunehmen. Eine Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen erfolgt alle fünf Jahre.

DSA Karin GRUBER
KPÖ-Landtagsklub,
Herrengasse 16, 8010 Graz,
Tel: 0316/877 51 01
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

SOZIALER STATUS ENTSCHIEDET

Je weniger Einkommen, desto kränker

„Der wichtigste Faktor, gesund zu bleiben, ist ein hohes Einkommen“, sagt der Mediziner Dr. Rainer Possert. Der Mitbegründer des SMZ Liebenau über den Einfluss des Einkommens auf die Gesundheit, den Nutzen von Fitness, die Grenzen der Medizin und den Glauben an die Machbarkeit von Gesundheit. VON HARRY HERZOG

Welche Faktoren erhalten die Menschen gesund?

Rainer Possert: Die unbestrittenen Forschungen der Sozialmedizin zeigen: Je geringer das Einkommen, desto schlechter steht es um die Chancen, ein gesundes und langes Leben führen zu können. Darüber hinaus ist der soziale Zusammenhalt wesentlich. Dass die Nahrung vitaminreich, fettarm und arm an Schadstoffen sein sollte, ist an sich eine Sache des Hausverstandes, beworben und gekauft werden jedoch häufig ungesunde und billige Lebensmittel.

Was macht denn wirklich gesellschaftlich krank?

Possert: Natürlich ist z.B. das Rauchen gesundheits-schädlich, aber das Auftreten der Suchterkrankungen

hängt mit dem Zerfall einer Gesellschaft zusammen. Fett- und zuckerhaltige Ernährung, Alkohol und Nikotin haben kurzfristig eine entspannende Wirkung. Menschen mit hohen beruflichen Belastungen – dazu gehören auch eintönige Tätigkeiten, die oft schlecht bezahlt werden – sind auch besonders gefährdet. Selbstverständlich hat jeder das Recht, sich für das eine oder andere Genussmittel zu entscheiden, und niemand sollte deshalb diskriminiert werden. Es ist auch wichtig, die Menschen auf ihre Selbstverantwortung hinzuweisen. Die Besserung der sozialen Verhältnisse bringt „automatisch“ mehr Gesundheit hervor.

Was ist von der aktuellen Fitness- und Wellnesswelle zu halten?

Possert: Sie nützt vor

allem dem Geldbeutel der damit befassten Industrie und Berufsgruppen und richtet sich an jene, die sich diesen Luxus leisten können. Diese haben jedoch ohnehin auf Grund ihres höheren Einkommens die besseren „Gesundheitschancen“. Sportliche Betätigung sollte eine Sache des Vergnügens und Gemeinschaftserlebens sein und nicht Zwang zur Gesundheit.

Taugt die Fitness- und Wellnesswelle zum Erhalten und Wiederherstellen von Gesundheit?

Possert: In der Rehabilitation sind Bewegungstherapie und Training unter medizinischer Betreuung von großer Bedeutung. Das hat mit der Fitness- und Wellnesswelle nichts zu tun.

Was alles verstehen Sie unter Gesundheit?

Possert: Ein „moderneres“ Modell von Gesundheit geht davon aus, dass es zwischen „gesund“ und „krank“ fließende Übergänge gibt. Die größten „Gesundheitsressourcen“ hat man mit hohem Einkommen, weil man damit sein Leben

mit hoher Selbstbestimmtheit gestalten kann. Es steigen auch die Chancen, bessere seelische und geistige „Ressourcen“ zu besitzen, um mit Belastungen fertig zu werden.

Ein alter Grundsatz lautete: „Die Natur heilt, der Arzt assistiert ihr nur.“ Heute regiert die Vorstellung, Gesundheit wie ein Auto am Fließband produzieren und reparieren zu können. Womit halten Sie es?

Possert: Ein hoher wissenschaftlicher und technischer Standard in der Medizin ist sinnvoll und bringt grandiose Ergebnisse. Man denke nur daran, dass es z.B. möglich ist, einen abgetrennten Finger oder Arm wieder anzunähen. Oder an die Fortschritte in der Krebsbehandlung.

Dem Glauben an die technische Produzierbarkeit von Gesundheit liegt jedoch ein naives und mechanistisches Menschenbild zu Grunde und lässt die gesicherten sozialen und seelischen Faktoren in der Krankheitsentstehung und der Gesunderhaltung außer Acht.

SMZ LIEBENAU

Das SMZ (Sozialmedizinisches Zentrum) wurde 1984 als erste österreichische all-gemeinmedizinische kassen-ärztliche Praxisgemeinschaft mit Physiotherapie gegründet. Es beherbergt mehr als 40 MitarbeiterInnen aus 13 verschiedenen Berufen. Das Angebot: Medizinische Versorgung, Betreuung durch mobile Pflegedienste, Physiotherapie, sozialarbeiterische und juristische Beratung, Logopädie, Sexualberatung und Konfliktlösung.

Das SMZ unterstützt soziale und ökologische Bewegungen und informiert bei diversen Veranstaltungen. Das SMZ befindet sich in der Liebenauer Hauptstraße 102-104a.



SMZ-Vorstand: Rainer Possert, Heilwig Possert-Lachnit, Gustav Mittelbach.

Allerhand
aus dem Steierland

Wohnbeihilfe

Um Wohnbeihilfe zu bekommen, braucht man die Unterschrift des Vermieters, was oft verweigert wird. Alle Parteien beschlossen nun einen KPÖ-Antrag, wonach derart unwillige Vermieter mit Sanktionen rechnen müssen.

Joanneum/Kunsthau

Die „Vigilant/inn/en“ – sie passen auf Ausstellungen auf und informieren Besucher – bekommen endlich mehr Geld. Auf Antrag von KPÖ, Grünen und ÖVP verdienen sie nunmehr 7,60 Euro pro Stunde. Die SPÖ war dagegen.

Nur mit Betriebsrat

Ohne Betriebsrat soll es künftig keine Wirtschaftsförderung für Groß- und Mittelbetriebe mehr geben, wurde von KPÖ, Grünen und SPÖ nach einem KPÖ-Antrag beschlossen. „In Zeiten, in denen immer mehr Druck auf die Beschäftigten ausgeübt wird, ist ein Betriebsrat immer wichtiger“, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg. Die ÖVP hat damit keine Freude.

Alkohol im Landtag

Während Alkohol bei den meisten Jobs verpönt ist, wird er auf Wunsch von SPÖ und ÖVP im Landtag weiter fließen; wahre Vorbildwirkung in Sachen jugendliches Kampfrinken also. Rot und Schwarz erteilten dem KPÖ-Antrag nach einem Alkoholverbot während Landtagsitzungen eine Absage.

Schlechtere Kinderbetreuung

Als Gewinn wird von SPÖ und ÖVP „ihr“ Mehr an Betreuungsplätzen verkauft. Sie erlaubten größere statt mehr Kindergruppen – und keine Aufstockung beim Personal. Die Qualität der Betreuung muss zwangsläufig darunter leiden, wenn mehr Kinder von gleich vielen Menschen betreut werden müssen.

KUNDENTÄUSCHUNG
Die Mogelpackung EU

Der Inhalt von Verpackungen ist nicht mehr einheitlich. Statt einem Kilo Mehl könnte es bald 980 oder weniger Gramm geben – zum gleichen Preis.

Die EU bringt angeblich Erleichterungen für die Konsument/inn/en. So steht es in den Werbeschriften, die wir mit unseren Steuergeldern zahlen. Die Wirklichkeit schaut anders aus.

Ende Mai hat das EU-Parlament in Straßburg beschlossen, dass der Inhalt von Verpackungen ab Ende 2008 nicht mehr einheitlich geregelt werden muss. Damit erfüllt man einen Wunsch der Lebensmittel- und Verpackungsindustrie sowie der Handelskonzerne – und öffnet Mogelpackungen Tür und Tor.

Künftig können

Werbefritten und Marketingstrategen leichter als bisher die Leute übers Ohr hauen. War man bisher gewohnt, dass Mehl oder Reis üblicherweise in Packungen zu einem Kilo abgegeben wurde, muss man bald viel genauer auf die Mengen schauen.

Denn die Firmen haben freie Hand bei der Abfüllmenge und können etwa statt eines Kilos nur 980 Gramm in die Packung hineingeben. Experten gehen davon aus, dass die neuen Gesetze zur schleichenden Preiserhöhung genutzt werden.



Eindeutige Richtlinien gibt es für Wein und Spirituosen, die nur in festgelegten Flaschengrößen verkauft werden dürfen. Übergangsfristen gibt es für Milch, Nudeln, Butter und Kaffee auf fünf, für Zucker auf sechs Jahre.

Schon seit der Euro-Einführung gibt es Mogelpackungen – vor allem im Kosmetikbereich. L'Oréal etwa verkauft den Nagellack statt wie vorher im 12-ml-Fläschchen nur noch im 9-ml-Fläschchen. Der Preis blieb gleich, was einer Verteuerung um 25 % entspricht!

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Die EU lässt Mogelpackungen nicht nur zu, sie ist selbst eine Mogelpackung. Der Verpackungswahnsinn bringt durch den damit verbundenen Abfall auch große Umweltprobleme mit sich.“

CAFÉ LIBERTAD

Der intergalaktische Kaffee aus Mexiko

Die Kooperative Café Libertad in Hamburg zahlt genossenschaftlich organisierten Kaffeebauern vernünftige Preise für ihren Kaffee und durchbricht damit das Muster der marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne.

Eine Hamburger Kooperative beliefert europäische Abnehmer mit mexikanischem Kaffee. Doch es ist nicht nur das besondere Aroma, sondern es sind vielmehr die Umstände seiner Entstehung und des Vertriebes, die Café Libertad so bemerkenswert machen.

In der Region Oventic im Hochland von Chiapas in Mexiko haben sich indigene Gemeinden nach dem Aufstand der zapatistischen Befreiungsbewegung im Jahr 1994 genossenschaftlich organisiert. Die Kleinbauern-Familien bauen ihren Kaffee in traditioneller

Weise organisch-pestizidfrei an. Er wird von Hand geerntet und in der Sonne getrocknet.

Mexikanische Kleinbauern geraten jedoch zunehmend in die Abhängigkeit marktbeherrschender Nahrungsmittelkonzerne, die viel zu geringe Abnahmepreise diktieren.

Die Café Libertad Kooperative in Hamburg bietet eine Alternative. Sie zahlt den Kaffeebauern für ihren Kaffee sogar mehr, als die „faire“ Regelung der TransFair-Siegelung vorschreibt. Damit leistet sie politische Solidaritätsarbeit und unterstützt die

indigenen Gemeinschaften in ihrem Kampf um Würde und Gerechtigkeit. Beim KPÖ-Bildungsverein kann „Café Libertad“ getrunken und gekauft werden.



Eine andere Welt ist möglich – im Hochland von Chiapas. infos: www.cafe-libertad.de; www.zeltainternacional.org/esp/el-intergalactico-va.html

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

4.700

In der ganzen Steiermark gibt es unzählige Gelegenheiten, um legal abgezockt zu werden.
4.700 „Einarmige Banditen“ sind eine davon.

Banditen

Die Verlockungen sind groß und an beinahe jeder Ecke wartet so ein „Bandit“ auf Ihr Geld.
Bereits mit kleinen Einsätzen ist man dabei. Zum Süchtigen ist es nicht weit.
Die Beschaffungskriminalität folgt auf dem Fuß.

sind scharf auf

Werbung für Glücksspiele gehört verboten.
Spielsüchtige oder gar Kinder brauchen keine Verlockungen!
Wir wollen eine massive Besteuerung von Glückspielautomaten und eine Zweckbindung dieser Einnahmen
für Vorsorge und zur Betreuung spielsüchtiger Menschen.

Ihre Marie.

Wir wollen keine unglücklichen Familien und keine ruinierten Existenzen.

The logo for the KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) features the letters 'KPÖ' in a bold, sans-serif font. The letter 'O' is white with a red outline, while 'K' and 'P' are solid black.

KPÖ-Landtagsklub, Klubobmann Ernest Kaltenecker, (0316) 877-5104
Informationen und Unterschriftslisten: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>
Bitte unterstützen Sie uns!

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids

Katalog anfordern

Information und Anmeldung:

im **kinderland** Büro

Ferienhotline: 0316 / 829070
E-mail: office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

DISKUSSION

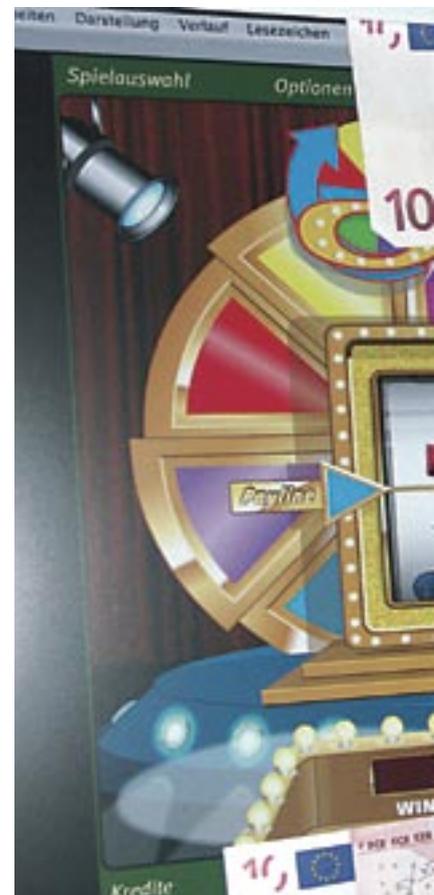
Am 24. Mai ging es heiß her zum Thema Glücksspiel, als im Grazer Volkshaus über „Das Geschäft mit dem Glücksspiel“ debattiert wurde.

57.000 Euro hat der steirische Durchschnittsspieler an Schulden angehäuft.

Es gibt in der Steiermark für die Krankheit Spielsucht viel zu wenige Therapieplätze. Die Wartezeiten sind lang.

Die KPÖ fordert Einschnitte beim „Kleinen Glücksspiel“. Ein Spiel soll 20 Sekunden dauern, man soll nur 50-Cent-Münzen einwerfen können. Derzeit kann in einer Minute ein Hunderter futsch sein!

Das Angebot für Glücksspieler wird immer größer. Mehrere Länder ergreifen Gegenmaßnahmen: In den USA etwa ist es schon verboten, mit Kreditkarten bei Internet-Wetten zu zocken.



UNTERSCHRIFTENAKTION GEGEN DAS WUCHERGLÜCKSSPIEL

Der Traum vom schnellen Geld

Existenzen werden zerstört, immer jüngere Menschen verzocken ihr letztes Geld in Wettcafés oder im Internet. Während die klassischen Wettspiele wie Lotto und Toto Umsätze einbüßen, schießen Wettcafés und Glücksspiele privater Betreiber wie Schwammerln aus dem Boden. Die KPÖ versucht, die Profitmacherei mit dem Traum vom schnellen Geld mit einer Unterschriftenaktion einzudämmen. Fast 3.000 Menschen haben schon unterschrieben. Helfen auch Sie mit!

„Alles ist möglich“, „Gewinnausschüttung von 92 Prozent“, „Topp, die Wette gilt“ – echt verlockend sind Angebote und Werbesprüche rund ums Glücksspiel. Viele erliegen dem Charme der Möglichkeiten, viele landen in einem Teufelskreis, der bei der Spielsucht endet, der Existenzen oder ganze Familien zerstört.

16.000 Steirer und Steirerinnen sind der Spielsucht verfallen, schätzen Suchtberatungsstellen. Durchschnittlich haben die Spielsüchtigen 55.384 Euro Schulden, sagt der Jahresbericht der „Anonymen Spieler“. Demgegenüber steht ein durchschnittliches Einkommen von 1.445 Euro pro Monat. Es geht also mehr Geld drauf, als herein kommt. Klar ist, dass die Spielsucht finanziert werden muss. Und allzu

Second Hand – der beste Trend!

VEREIN HELFENDE HÄNDE, QUERGASSE 6
Kleidung für Herren, Damen und Kinder ab 1 Euro! Kinderwagen, Spiele, Elektroartikel, Bilder, Krimskrams und Kunst zu super Preisen!

Helfen auch Sie mit, unsere sozial bedürftigen Mitmenschen zu unterstützen!

Jindra Michael, Quergasse 6, 8010 Graz
Tel: 0650 / 912 80 91



künstlerische Autonomie = finanzielle Unabhängigkeit

KUMAG IST EINE VEREINIGUNG VON KÜNSTLERN & MUSIKERN. WIR BILDEN EINE GRUPPE - ADDIEREN UNSERE RESOURCEN SCHAFFEN FÜR UNS WICHTIGE SYNERGIEN.

ZIEL DER KUMAG IST DIE SCHAFFUNG EINER PLATTFORM. WIR WERDEN VON PRODUZENTEN UNSERER SCHAFFENS AUCH ZU VERMARKTERN UNSERER PRODUKTE.

KUMAG SUCHT KÜNSTLER & MUSIKER DIE AN DIESEM PROJEKT MITARBEITEN.

kumag@gmx.net





HERNDE GLÜCKSSPIELUNWESEN

hnellen Geld wird Albtraum

oft passiert das über illegale Wege, Beschaffungskriminalität steht immer öfter auf der Tagesordnung.

Die Spielsüchtigen bekommen bei einarmigen Banditen, bei Roulette oder Black Jack leuchtende Augen oder verlocken ihr Geld in den unendlichen Weiten des Internet. Nicht nur dort scheffeln die Betreiber Millionen, indem sie ihren Gästen das Geld aus den Taschen ziehen. „Manche Fachleute schätzen, dass ein Drittel der Spielsüchtigen jünger als 18 Jahre ist“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

Gegen das große „Kleine Glücksspiel“

Die steirische KPÖ macht gegen das Unwesen mobil und hofft auf Ihre Hilfe, um dem

„Kleinen Glücksspiel“ beizukommen. Es ist quasi die Einstiegsdroge ins Glücksspielthema. Mit einem Höchstesatz von 50 Cent ist ein Maximalgewinn von 20 Euro möglich, schreibt das Gesetz vor. In Wirklichkeit sieht es aber so aus, dass man durch bestimmte Tasten am Automaten das Geld rasend schnell verspielen kann. In weniger als einer Minute sind 100 Euro weg – ohne Gewinn. Das zeigte ein Video, das uns ein Leser schickte. Damit der Rubel noch einfacher rollt, gibt es Automaten mit eigener Bankomatkasse. Bei einigen Automaten können Summen von bis zu 9.999 Euro aufgebucht werden!

4.700 Automaten zum Kleinen Glücksspiel sind in der Steiermark aufgestellt.



foto furgler

Ernest Kaltenegger

Wach- rütteln!

Jahrelang wurde das Problem der steigenden Zahl an Spielsüchtigen in unserem Land von den verantwortlichen Politikern ignoriert. Doch nun scheint endlich Bewegung in die Sache zu kommen. Mit dazu beigetragen hat, dass sich immer mehr kritische Stimmen aus der Bevölkerung zu Wort melden. Seien es Familienangehörige und Freunde von Spielsüchtigen, ehemalige Spieler beziehungsweise Frauen und Männer, die noch immer unter ihrer Sucht leiden. Oft sind es aber auch einfach Menschen mit offenen Augen für die Probleme unserer Zeit, die Maßnahmen gegen die neue Volkskrankheit Spielsucht fordern.

Schon fast 3.000 Steirerinnen und Steirer haben binnen kurzer Zeit mit ihrer

Unterschrift die Forderungen der KPÖ nach einem strengeren Glücksspielgesetz unterstützt. Täglich langen neue Unterschriftenlisten bei uns ein. Die Wirkung scheint nicht auszubleiben: Einstimmig hat sich ein Unterausschuss des Landtages auf die Durchführung einer Arbeitstagung mit Fachleuten zu diesem Thema am 2. Oktober geeinigt. Dann allerdings sollten rasch die notwendigen Gesetzesänderungen erfolgen.

Damit keiner der Vorschläge gleich wieder in der Schublade verschwindet, dafür kann eine möglichst große Zahl von Menschen sorgen, die mit ihren Unterschriften alle Landtagsparteien wachrütteln. Geschlafen wurde schon lange genug!

Tel. 0316 / 877 5104

Möglichkeit macht Spieler

Letzten Winter ließ ein Ehepaar in Feldbach die Kleinkinder im Auto frieren, während die beiden an einem Automaten zockten. Möglichkeit macht eben Spieler. Das Ziel der KPÖ ist es, beim „Kleinen Glücksspiel“ Höchstgrenzen einzuziehen und Spielsüchtige zu schützen. Auch der Jugendschutz muss verbessert werden. Außerdem soll eine Abgabe auf Automaten deren Wildwuchs eindämmen. Deren Höhe soll auf Wiener Niveau liegen: Dort müssen vom Automatenbetreiber rund

1400 Euro bezahlt werden, in der Steiermark sind es nur 467,50 Euro.

Wir wollen keine ruinierten Existenzen, keine unglücklichen Familien. Unterstützen Sie uns und setzen Sie ein Zeichen gegen die Auswüchse des Glücksspiels. Eine Unterschriftenliste finden Sie auf Seite 14 in dieser Zeitung. Bitte unterzeichnen Sie und Ihre Familie diese!

Im Internet finden Sie unter <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at> weitere Informationen zur Spielsucht und zur Unterschriftenaktion.



UNTERSCHRIFTENAKTION:

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

An die Steiermärkische Landesregierung!

An den Steirischen Landtag!

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem. Viele Existenzen wurden bereits ruiniert, nicht selten führt die Sucht auch in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinos“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Der Gesetzgeber hat das so genannte „Kleine Glücksspiel“ auf Einsätze von maximal 50 Cent und Gewinne von höchstens 20 Euro beschränkt.

Mit einfachen Tricks wird dieser vermeintliche Schutz aber umgangen, bei vielen der annähernd 5.000 Glücksspielautomaten in der Steiermark kann man in wenigen Augenblicken tausende Euro verspielen.

Wir fordern mit unserer Unterschrift das Land Steiermark auf, folgende Punkte rasch umzusetzen und dort, wo Bundeskompetenzen berührt sind, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesetzliche Regelung im Sinne des Forderungskatalogs zu erwirken:

- Klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele sowie strenge Kontrollen hinsichtlich deren Einhaltung.
- Verbot von Werbung für Glücksspiele.
- Massive Besteuerung von Geldspielautomaten und eine Standortabgabe für Wettcafés mit Zweckbindung dieser Steuereinnahmen.
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche.
- Verbot von Zahlungen für Glücksspiele im Internet.

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Eine Initiative des KPÖ-Klubs im Steiermärkischen Landtag: KPÖ-Landtagsklub, Landhaus, 8010 Graz, Telefon (0316) 877-5102.

Web: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>, E-Mail: office@kpoe-steiermark.at

Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei der KPÖ abgeben.

WISSENSWERTES UND INTERESSANTES RUND UM DIE HARMONIKA

Harmonikazentrum vor Schließung?

Das Harmonikazentrum dokumentiert ein Stück Volkskultur und leistet zugleich wertvolle wissenschaftliche Arbeit. Wegen Geldmangels ist es jetzt von der Schließung bedroht.

Das Faszinierende an der Harmonika ist laut Wolfram Märzendorfer, Initiator und Gründer des Harmonikazentrums, „dass sie sich nie dem Diktat einer Obrigkeit unterworfen hat. Sie hat sich vielmehr – den jeweiligen Bedürfnissen der Spieler/innen entsprechend – frei weiterentwickelt. Deshalb gibt es auch so viele verschiedene Ausführungen dieses Instrumentes.“

Die erste Ziehharmonika, das sogenannte „Accordion“, entstand in Wien, wo es 1829 als „Instrument für Reisende“ zum Patent angemeldet wur-

de. Von da aus trat die Harmonika alsbald ihren Siegeszug durch Europa und die ganze Welt an.

Die kleine, aber ausgesprochen exquisite Sammlung an Harmoniken, Akkordeons und Mundharmoniken in der Grazer Griesgasse fesselt ihre Besucher sofort, zumal Wolfram Märzendorfer auch stets bereitwillig und fachkundig alle technischen, musikalischen und geschichtlichen Fragen beantwortet.

Das Harmonikazentrum organisiert auch Schnupperkurse unter dem Motto „Appetit auf Knöpfe“ sowie Vortragsreihen

und Konzerte. Eine Video- und Literatursammlung rundet das Angebot des Harmonikazentrums ab.

Doch leider erhält das Harmonikazentrum seit heuer keinerlei Unterstützung mehr, auch nicht durch die

Stadt Graz. „Ohne finanzielle Hilfe kann ich das Harmonikazentrum trotz ehrenamtlicher Arbeit nicht erhalten und werde es schließen müssen“, bedauert Märzendorfer und hofft auf die Unterstützung durch private Sponsoren.



Spenden für den Erhalt des Harmonikazentrums: PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 1.238.620

HILFE FÜR 120 KICKENDE KINDER

Fußballverein sucht Ehrenpräsident

Mehr als 120 Kinder kicken erfolgreich beim GSV Wacker. Aber der Verein kämpft mit Geldproblemen und sucht nach einem gönnerhaften Präsidenten.

Seit 1896 gibt es den GSV Wacker, länger als Sturm und den GAK“, erzählt Wolfgang Konrad stolz. „Sein“ U-8-Team hat heuer noch kein Meisterschaftsspiel verloren, andere Kinderteams jagen kaum weniger erfolgreich am grünen Rasen dem Ball nach.

Dennoch erscheinen auf der Stirn des Vereinsobmanns Sorgenfalten. Der GSV Wacker erfreut sich zwar eines enormen Zuspruchs unter Kindern und Eltern nicht nur rund um den Körnerplatz in der Schönaugasse, sondern

bis nach Wetzelsdorf und St. Peter. Allerdings plagen ihn arge Finanznöte. „240 Euro kostet uns ein Kind mit Dressed, Reinigung, Schiedsrichtergebühren, Turnierbetrieb und Platzmiete“, erklärt der Obmann. Die Mitgliedsgebühr macht dagegen 146 Euro aus. Und die wird nicht auf Biegen und Brechen eingetrieben, weil kein Kind weggeschickt wird, das kicken möchte. „Es geht ja darum, die Kinder von der Straße zu bekommen, ihnen Perspektiven und eine Gemeinschaft zu bieten.“

Bleibt pro Jahr ein Minus von mehr als 10.000 Euro, von dem allein 7.500 Euro an die Sportunion für die Platzmiete gehen. Nun haben sich viele neue Mädchen angemeldet. Konrad: „Ab Herbst wollen wir mit drei Mädchenteams spielen.“ Die Freude der Kinder sei riesig, die Probleme, zu Spon-



Kinder ab 6 Jahren trainieren zweimal pro Woche beim GSV Wacker.

soren zu kommen, ebenso. „Die Sportunion hat uns sogar verboten, eine kleine Kantine zu führen, was Zusatzeinnahmen bringen würde“, wundert sich der Obmann.

Nun hofft man beim GSV

Wacker auf einen gönnerhaften Ehrenpräsidenten als Sponsor, dem erfolgreich klickende Kinder am Herzen liegen. Wer Interesse hat, meldet sich bei Wolfgang Konrad unter Tel. (0676) 77 27 999.

MEINUNG

Peter Scherz, Arbeiterkammerrat
und Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr



Aus für Voyager – Jobverluste?

Mit Jahresende läuft die Voyager-Produktion bei Magna-Steyr aus. 800 Arbeitern droht der Jobverlust, wenn es zu keinen Folgeaufträgen kommt. Der Druck auf die Belegschaft ist groß. In dieser Situation ist jede/r Einzelne froh, überhaupt Arbeit zu haben, und wird sich hüten, irgendwelche Forderungen zu stellen oder sich über Bedingungen zu beklagen.

Aufsehen in den Medien erregte der kürzlich erfolgte Deal zwischen Frank Stronach und Oleg Deripaska, bei dem Deripaska mit nur 20 % der Aktien gleich 43 % der Stimmrechte erworben hat. Das kanadische Aktienrecht macht's möglich. So gut wie sicher ist, dass das Engineering in Graz bleibt.

Doch wie es um die Zukunft der Produktion in der Steiermark überhaupt steht, ist ungewiss. Schon jetzt einigt man sich bei jedem Neuauftrag unter dem globalen Konkurrenzdruck auf ein Preisniveau, das unter dem

aller vorangegangenen Produktionen liegt.

Die Zeche zahlen die Arbeiter in Form von Lohnkürzungen und Verlagerung der Arbeitsplätze in Billiglohnländer. Manager sprechen dann auch gerne vom „Abspecken“. Abspecken heißt ja, dass jemand, der zu viel Fett angesetzt hat, eine Diät machen muss. Doch es ist eine höchst geschmacklose Bezeichnung dafür, dass man Menschen um Einkommen und Existenz bringt. In den oberen Etagen ist Abspecken ohnehin kein Thema. „Synergieeffekte schaffen“ nennt man wiederum das Schließen ganzer Abteilungen.

Doch wenn das Management Arbeiter, die vom gerade erfolgten Arbeitskräfteabbau noch einmal verschont geblieben sind, weismachen will, man habe durch diese Kündigungen die verbliebenen Arbeitsplätze gesichert, hört sich der Beschönigungsspaß ganz auf,

meint Ihr Peter Scherz

Magna: Altersabschläge beim Lohn?

Magna-Steyr plant Lohnkürzungen um 10 Prozent für über 60-Jährige.

Beim vorgeschlagenen Modell will der Konzern alle Kosten auf den Staat und auf die Arbeiter abwälzen. „Und die sollen anscheinend noch Beifall dafür klatschen, dass sie mit ihrer Arbeitskraft weiter zu den Gewinnen beitragen dürfen“, erobert sich Peter Scherz vom KPÖ-nahen Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB). „Die langjährigen Magna-Mitarbeiter mussten in ihrem Berufsleben ständige Leistungssteigerungen zur Erhöhung

der Produktivität hinnehmen, die ihnen nicht voll abgegolten worden sind. Jetzt kommen sie von zwei Seiten unter Druck. Der Staat hebt das Pensionsalter an, die Firma drückt auf die Löhne. Wenn ältere Arbeiter zu Figuren wie auf einem Basar degradiert werden, dann sind wir mit dem Sozialabbau schon sehr weit gekommen.“ Der GLB-Betriebsrat sieht hier eine völlig verfehlt Entwicklung. „Viel sinnvoller wäre es, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Möglichkeiten zu erleichtern, damit die Arbeiter früher in Pension gehen können“, sagt Peter Scherz.

DRINGEND GEBRAUCHT, SCHLECHT Pflegehelfer/in:

Mit der Ausbildung zu Pflegehelfer und Pflegehelferin wollte sich das Ehepaar T.* eine neue Existenz schaffen. Was sie nicht wussten: die vom Wirtschaftsministerium unterstützte Bildungsoffensive führte trotz Abschluss mit „ausgezeichnetem Erfolg“ in die Sackgasse.

Ich verstehe die Welt nicht mehr“, klagt Herr T., „Mitte März 2006 haben meine Frau und ich die Ausbildung zum Pflegehelfer begonnen. Von seiten der ausbildenden Stellen (BFI bzw. LKH) wurde uns wiederholt bestätigt, dass dieser Beruf Zukunft habe. Es hieß, die Krankenhäuser würden sich um uns reißen.“

Höchstens vorgemerkt

Davon kann allerdings jetzt keine Rede mehr sein. Mehr als 40 Bewerbungen haben Herr T. und seine Frau, die zum Zweck der Ausbildung extra nach Graz gezogen waren, seit Beendigung ihrer Ausbildung im März dieses Jahres schon geschrieben. Die Antworten – so überhaupt geantwortet wird – lassen nicht einmal in absehbarer Zeit die Aussicht auf eine Stelle durchblicken.

Selbstverständlich haben Herr und Frau T. sich in ihren Bewerbungen auch an die größten einschlägigen Arbeit-

geber, von KAGES über Geriatrisches KH der Stadt Graz bis zur Volkshilfe gewandt – ohne Erfolg.

Ausbildung geht weiter...

„Zu unserem großen Entsetzen mussten wir Anfang Mai feststellen, dass in Graz noch weiter ausgebildet wurde und ausgebildet wird“, erzählt Herr T. 180 sollen es, den Angaben von Herrn T. zufolge, derzeit insgesamt sein.

Zugleich haben von den 45 Personen, die mit Herrn T. gemeinsam den Kurs besuchten, bisher lediglich 9 eine Anstellung gefunden, und auch dabei handelt es sich zumeist nicht um vollwertige Arbeitsplätze, sondern hauptsächlich um Teilzeitstellen mit extrem niedriger Entlohnung.

Ja, gibt es jetzt den sogenannten Pflegenotstand oder nicht? Frau T., die sich auch in zahlreichen privaten Einrichtungen beworben hat, berichtet von alarmierenden Zuständen im Pflegebereich. „Ich habe Häuser gesehen, in denen 50 Pflegefälle von nur zwei Pflegehelferinnen betreut wurden“, erzählt Frau T. Trotz des dringenden Bedarfes werden oft nicht genügend Pflegekräfte eingestellt.

Gratispflege erwünscht

Für Praktikant/inn/en, die ihre Arbeitskraft kostenlos zur Verfügung stellen, gibt es aber offenbar genug Arbeit. Herr T.: „Die Praktikanten, also auch Pflegehelfer während ihrer Ausbildung, füllen das künstlich geschaffene Loch in den Krankenhäusern und

*Namen sind der Redaktion bekannt

Versicherung für Arbeitslose

Für ältere Männer gibt es eine gute Nachricht: Wer seit 2004 seinen 56. Geburtstag gefeiert hat, bekommt einen Teil seiner Arbeitslosenversicherung zurück. Betroffen sind alle Männer, die zwischen 1. Jänner 2004 und jetzt das 56. Lebensjahr überschritten haben.

Das Geld fordert der Arbeitgeber an und zahlt es auch aus, wenn dieser seit 2004 nicht gewechselt wurde. Sonst kann es bei der Krankenkasse beantragt werden. Dort gibt es dafür ein Formular.

BEZAHLT – PFLEGEHELFER IN DER STEIERMARK

Trotz Ausbildung kein Job



Von Pflegenotstand war in den letzten Monaten in den Medien häufig die Rede. Tatsächlich sind jüngsten Zahlen zufolge in der Steiermark derzeit rund 650 Pflegehelfer arbeitslos gemeldet. Zugleich sind rund 180 PflegehelferInnen in Ausbildung – Zukunft ungewiss!

Heimen auf und dienen so als ‚kostenlose‘ Arbeitskräfte.“ Herr T. hat ausgerechnet, dass allein die TeilnehmerInnen an seinem Kurs gratis 12 1/2 Jahre an Arbeitszeit eingebracht haben - in Arbeitsentgelt umgerechnet wären das 252.000 Euro an Gehältern, die sich so der Gesundheitsbereich erspart hat!

Zugleich steigt die Zahl der arbeitslosen PflegehelferInnen. Derzeit liegt sie bei rund 650 allein in der Steiermark.

Herr Mag. Karl-Heinz Snobe, Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark, weiß um

die angespannte Situation im Pflegebereich. „Wir haben erst im Vorjahr den Regierungsauftrag von Wirtschaftsminister Bartenstein bekommen, die Ausbildung zum Pflegehelfer zu fördern. Die Förderung läuft heuer aus.“ Zum Thema Pflegenotstand meint Snobe: „Dieser bezieht sich vor allem auf die Pflege rund um die Uhr daheim, für welche inländische Arbeitskräfte schwer zu finden sind – dies vor allem auch deshalb, weil bis heute nicht geklärt ist, wie Entlohnung und Sozialversicherung abgegolten werden sollen.“

Herr T. ist enttäuscht: „Wir dachten, einen Beruf gewählt zu haben, der für unsere Gemeinschaft notwendig sei und deshalb auch wertgeschätzt würde.“

Pflege nicht profitabel

Doch in einem kapitalistisch orientierten System darf eben nur dort Geld ausgegeben werden, wo am Ende riesige Profite winken. Pflege „rentiert sich nicht“. Die Wirtschaft wird unterstützt, die Menschen nicht. Ein trauriges Zeugnis für unsere Gesellschaft.

LESERBEITRAG

Arbeitslose: Um 15% ärmer als 2000

Mindestens seit dem Jahr 2000 gibt es keine Anpassung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Pensionsvorschuss an die Geldentwertung mehr. So werden wir Erwerbsarbeitslose und Pensionsvorschussbezieher/innen Österreichs Jahr für Jahr, Monat für Monat ärmer gemacht – seit dem Jahr 2000 also schon um 15%! Anders als bei allen anderen unselbstständigen Erwerbseinkommen mit 14 Monatsbezügen erfolgt die Auszahlung unserer Bezüge nur 12mal jährlich.

Ist das gerecht? Und solidarisch? Von sozial schon einmal gar nicht zu sprechen!

Wir vom Verein AMSEL fordern von unseren (Bundes-)Politikern daher, dass die Erwerbs-Ersatz-Bezüge ab sofort an die jährliche speziell für MindestpensionistInnen und GeringverdienerInnen geltende höhere jährliche Inflationsrate angepasst werden. Weiters verlangen wir eine rückwirkende Anhebung von AL-Geldern, Notstandshilfe und Pensionsvorschuss um mindestens 10 % als teilweise Entschädigung für den erlittenen Kaufkraftverlust in den letzten Jahren sowie eine 14malige Auszahlung unserer Bezüge.

Solange diese drei Punkte nicht erfüllt sind, erweisen sich alle großspurigen Versprechungen von einer „bedarfsorientierten Grundsicherung“ als bloße Makulatur.

Wolfgang Lambrecht
Verein AMSEL (= arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen), Graz

**Das kann doch nicht sein:
In Graz haben wir
schon mehr Spielhöllen
als Kindergärten!**

ELKE KAHR

KPO



aufrichtig
sozial
unverwechselbar

www.kpoe-graz.at

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316/872 2060 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at

Wohnungstagung der KPÖ im Volkshaus Graz **Sozialer Wohnbau**

Am 29. Juni dreht sich ab 12.30 Uhr im Volkshaus in der Grazer Lagergasse 98a alles um den sozialen Wohnbau. Nachmittags kommen unter dem Motto „Wohnen macht arm“ Expert/inn/en zu Wort: „Die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen“, „Das Geschäft mit dem Wohnen“, „Die Praxis der österreichischen Wohnbauförderung“, „Wohnen anderswo“ sind Themen der Beiträge.

Um 19.30 Uhr beginnt die Podiumsdiskussion der Wohnungssprecher/innen der Grazer Parteien: „Gegenwart und Zukunft des sozialen Wohnbaus in Graz“.

Am Wohnbau interessierte

Besucher/innen sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.



Gegenwart und Zukunft des Sozialen Wohnbaus in Graz

Um 19.30 beginnt die Podiumsdiskussion mit den Wohnungssprecher/innen der Grazer Parteien.

- Stadträtin Elke Kahr (KPÖ)
- GR Mag. Gerhard Spath (ÖVP)
- GR Peter Haas (SPÖ)
- GRⁱⁿ Christina Jahn (Grüne)
- Dr.ⁱⁿ Susanne Winter (FPÖ)



Wohnen macht arm.

Tagung und Podiumsdiskussion
29. Juni 2007



Hilfen und mehr
ELKE KAHR

Wo wohnen NICHT arm macht: Gemeindewohnungen in der Andersengasse.

FRAUEN IM WIDERSTAND **Die im Dunkeln sieht man doch**

Was wollen Sie schon wieder da, wollt Ihr noch länger Krieg führen, habt Ihr noch nicht genug Blut vergossen; (...) Lächerlich, seid doch nicht so blöd, unsere Soldaten wollen ja nicht mehr kämpfen, ein jeder hat schon genug, aber Ihr gebt nicht nach.“ Diese Sätze, die die Grazerin Angela Friedl im August 1943 gegenüber der Blockleiterin der NSV angesichts einer Spendensammlung geäußert hatte, hatten fatale Konsequenzen und brachten ihr schließlich 1945 den Tod im KZ Ravensbrück.

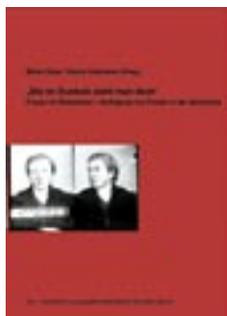
Das Wissen um die Verfolgung von Frauen und ihre Internierung in

Frauenkonzentrationslagern wurde zum größten Teil nicht aufgearbeitet, die Anerkennung für ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus und die „Wiedergutmachung“ für erlittene Qualen und Demütigungen wurden ihnen vielfach verwehrt.

In ihrem Buch „Die im Dunkeln sieht man doch“, möchten Maria Cäsar und Heimo Halbrainer gegen „weiße Flecken“ in der steirischen Geschichte ankämpfen. Neben der Schilderung der Aktivitäten weiblicher Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus in der Steiermark bildet das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück ein weiteres Schwerpunktthema der Publikation. Erschütternd die persönlichen Schilderungen von Luise Reiter.

Teil des Werkes bildet auch ein Lexikon der weiblichen NS-Opfer aus der Steiermark. „Viele Frauen, die hier genannt werden, wurden – nachdem die Nazis sie in die Konzentrationslager deportiert hatten – zu Nummern degradiert, ehe sie ermordet wurden. Ihnen ihre Namen wiederzugeben (...) ist das Hauptanliegen dieses Buches“, schreibt Heimo Halbrainer.

„Die im Dunkeln sieht man doch - Frauen im Widerstand - Verfolgung von Frauen in der Steiermark“. Maria Cäsar Heimo Halbrainer (Hrsg.), Verlag Clio., Graz 2007
<http://www.clio-graz.net>



Buchtip: „Zwischen Davidstern und Roter Fahne“

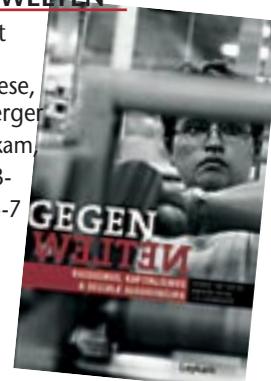
Der Polenkenner Holger Michael schildert das wechselhafte Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Polen und räumt dabei mit einigen Klischees auf. Dabei hilft dem früheren DDR-Bürger seine Sicht auf gesellschaftliche Entwicklungen, die auch Fehlhaltungen der Partei- und Staatsführungen im Realsozialismus nicht auspart.

„Zwischen Davidstern und Roter Fahne“, Juden in Polen im XX. Jahrhundert, Kai Homilius Verlag 2007. 19.90 Euro, ISBN 978-3-896706-865-0



Buchpräsentation **„GEGENWELTEN“**

von Robert Reithofer, Marusa Krese, Leo Kühberger (Hg.); Leykam, ISBN 978-3-7011-7585-7



Rassismus – Kapitalismus – Soziale Ausgrenzung – eine Spurensuche nach solidarischen Gegenentwürfen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Alltag anlässlich 20 Jahre ISOP Mit DJ Thomas Wolkinger & Interkulturelles Buffet

Samstag, 30. Juni 07, 20 Uhr
ISOP, Dreihackeng. 2, 8020 Graz

Neoliberalismus und Turbokapitalismus bestimmen den Lauf unserer Welt. Die Folgen: Rückbau des Sozialstaates im Norden, Verweigerung sozialer Grundrechte in der Dritten Welt. Die Spurensuche der AutorInnen führt uns in gesellschaftliche Gegenwelten und zeigt Konzepte auf, die sich den angeblichen Zwangsläufigkeiten, die die Interessen der Herrschenden uns vorgaukeln, verweigern.

Info: 0316 / 22 59 31

KPÖ-Bildungsverein,
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Tel. 0316 / 22 59 31
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

EINE SCHULE FÜR ALLE

Die Volksschule ist eine bewährte Gesamtschule. So soll es bis zumindest zur 8. Schulstufe weitergehen.

Für 10-Jährige und ihre Eltern heißt die folgenschwere Frage derzeit: AHS oder Hauptschule; vom Zerreißen kindlicher Freundschaften gar nicht zu reden. Das ist für Andreas Fabisch der falsche Weg. Aus seiner Erfahrung als AHS-Lehrer kommt für den KPÖ-Schulsprecher nur eine differenzierte



Der Grazer Gemeinderat Andreas Fabisch vertritt die KPÖ im Landes-schulrat.

Gesamtschule in Frage – mit gleichen Bildungschancen für alle. „Alle Kinder von 6 bis 14 Jahren sollten eine gemeinsame Schule besuchen. In den Klassen werden alle in Kleingruppen gefördert. „Die Besseren reißen dann die anderen mit“, ist Andreas Fabisch überzeugt. Weg vom klassischen Unterricht also, hin zur lehrerintensiven Arbeit in Gruppen.

„Verschränkte Ganztags-schule“ lautet das Rezept für eine bessere Ausbildung. Das Ziel: Die Kinder erleben in der Schule Lern-, Übungs- und Erholungsphasen, sollten zu Hause keine Aufgaben mehr machen müssen und Zeit zum Spielen haben. Das Lernen soll daheim eher die Ausnahme sein. „Das Problem der Nachmittagsbetreuung und der Nachhilfe wäre verkleinert“, meint Andreas Fabisch.

Der KPÖ-Schulsprecher tritt für die Erhaltung der Schulgeldfreiheit ein. Derzeit werden die Eltern für alles Mögliche zur Kasse gebeten – kleine Summen, die insgesamt ins Geld gehen. Das sei nicht Sinn der Sache, meint Andreas Fabisch.

Graz und Triest – Schwesternstädte über Jahrhunderte

VON GERHARD M. DIENES

Es gibt kaum zwei Städte im Alpen-Adria-Raum, die über Jahrhunderte so eng verbunden waren wie Graz und Triest. Eine Verpflichtung für die Gegenwart.

Von allen Schwesternstädten, die Graz hat, ist Triest diejenige, mit der die historischen Verbindungen am stärksten sind, ja, es gibt kaum zwei Städte im Alpen-Adria-Raum, die über Jahrhunderte so eng verbunden waren.

1382 reiste im ausklingenden Mittelalter eine Abordnung der Commune di Trieste nach Graz, der Residenzstadt eines von den Alpen reichenden Länderkomplexes, mit dem Ziel, Triest unter den Schutz des habsburgischen Landesfürsten zu stellen und somit die Konfliktsituation mit Venedig zu beenden.

Am 31. Oktober 1918 verkündete der österreichische Statthalter in Triest: „Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage und auf höheren Befehl sehe ich mich gezwungen, heute Triest zu verlassen und den Sitz der k. k. Statthalterei einstweilen nach Graz zu verlegen.“

Was 1382 seinen Anfang in Graz genommen hatte, endete hier 536 Jahre später.

Dazwischen liegt ein Bündel nicht immer restriktionsfreier Beziehungen, die zu gemeinsamen Erinnerungen geworden sind. Die Geschichtsschreibung hebt die 1728 eröffnete Kommerzialstraße Wien – Graz – Triest hervor, welche die Wirtschaftsbeziehungen zum Freihafen ebenso intensiviert wie die dieser Dichtung folgende und 1857 fertiggestellte Südbahn, die

einen neuen Aufschwung um den Schienenstrang einleitete.

Erzherzog Johann hat deren gefördert und er sah voraus, dass Triest ein „Centralpunkt der Verbindung mit der Levante und Italien“ werden würde. Die ökonomischen Kontakte erreichten ihren Höhepunkt. Johann Weitzer (SPG - Simmering Graz Pauker) lieferte die Garnituren für die Straßenbahn Triest – Opicina, die Maschinenfabrik Andritz die Hallenkonstruktion für den Triester Bahnhof und die Grazer Lack- und Farbenwerke Zankl (im Zanklhof in der Belgiergasse ist heute die Zentrale der Stadtbibliothek untergebracht) hatten nicht nur eine Filiale in Laibach, sondern auch eine solche in Triest sowie im ägyptischen Alexandria.

Auf dem Sporn von Grignano ließ sich Erzherzog Ferdinand Max, der spätere Kaiser Maximilian von Mexiko, das Schloss Miramare errichten. Als Baumeister zeichnete An-

ton Hauser verantwortlich, der, reich geworden, in Graz die ehemaligen Mandellgründe parzellerte, um dort repräsentative Häuser zu errichten. „Geheimsekretär“ Maximilians war der aus einer weststeirischen Bauernfamilie stammende Simon Leo Reinisch, der mit Aufsehen erregenden Publikationen an die Öffentlichkeit trat.

Reinisch' sprachliche Begabung war bereits seinem Lehrer Robert Hamerling aufgefallen. Dieser wiederum war einige Jahre als Gymnasiallehrer in Triest tätig, gründete hier den „Schillerverein“, um letztlich als gefeierter Dichter in Graz zu leben.

Graz und Wien waren – der Hafenstadt wurde eine Alma Mater verwehrt – die bevorzugten Universitätsstädte für junge Triestiner. Daher lässt denn auch Italo Svevo seine Romanfigur Zeno Cosini am Vorabend des Ersten Weltkrieges in Graz studieren.

Der Zerfall der Donaunarchie trennte die beiden Städte. Die gemeinsame Geschichte sollte Ansporn sein, die Kontakte auch in der Gegenwart zu pflegen.



Triest – der Hafen.



ST. PETER

Parkflächen

Mit dem Ausbau der Straßenbahnlinie 6 wurde zwar verkehrspolitisch endlich etwas für den Bezirk umgesetzt, aber dabei ergeben sich auch für manche negative Folgeerscheinungen. „Dass jetzt entlang des St. Peter-Pfarrwegs, des Breitenwegs und der Peterstalstraße



insgesamt 150 Stellplätze für PKWs wegfallen, ist eine Tatsache“, erklärt Gemeinderat Johann Slamanig und hält fest: „Auch wenn sich das Verkehrsverhalten vieler Bewohnerinnen und Bewohner ändern sollte, so müssen die Autos ja trotzdem wo abgestellt werden. Hier ist die Stadt gefordert, eine Lösung zu finden.“

INNERE STADT

Zelt am Karmeliterplatz

Der steirische Herbst findet heuer auch auf dem Karmeliterplatz statt, wo ein Veranstaltungszelt aufgebaut und ein Café eingerichtet werden. Auf der Bezirksratssitzung am 15. Mai informierten die Verantwortlichen über das Vorhaben. Sie versicherten, darauf zu achten, dass



die Lärmbelastigung in Grenzen gehalten wird.

BV-Stellvertreter Franz Stefan Parteder (KPÖ): „Es ist positiv, dass man hier rechtzeitig informiert hat. Zu hoffen ist, dass auf die Bedenken der Anrainer

auch entsprechend Rücksicht genommen wird“.

Pfauengarten: Hotelprojekt

Das geplante Hotelprojekt am Pfauengarten ist eine weitere Gefahr für das Weltkulturerbe Grazer Altstadt. Das sagte Landeskonservator Friedrich Bouvier bei der Vorstellung des Masterplans Weltkulturerbe.

Dort stellte sich auch heraus, dass in Österreich das Unesco-Weltkulturerbe nicht gesetzlich geschützt ist und dass bei der Erarbeitung des Masterplans Dr. Reinhard Hohenberg (Wegraz) und Gerald Gollenz (Acoton) in einem sehr frühen Stadium einbezogen worden waren, die Bürgerinitiativen aber nicht. Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch wiederholte deshalb die Forderung nach einem unabhängigen Altstadtanwalt im Grazer Altstadterhaltungsgesetz.

JAKOMINI

Raum für Jugendliche

Am südlichen Ende der Neuholdaugasse befindet sich ein unbebautes Areal, das für den Wohnbau gewidmet ist. „Bevor dieser Acker verbaut wird, ist es absolut notwendig, die nötigen Freiflächen – besonders für Jugendliche – zu schaffen. Die meisten Wohnanlagen besitzen nur Spielflächen für Kleinkinder, aber für die Älteren ist viel zu wenig vorhanden“, begründete BV-Stv. Herbert Wippel (KPÖ) seine Forderung: „Es müsste unbedingt eine Teilfläche für die Nutzung als Sport- bzw. Parkanlage umgewidmet werden.“



STRASSGANG

Rückwidmung sofort

Zahlreiche Bedenken gab es gegen das „Musterland“. Jetzt ist klar, dass Thomas Muster sein geplantes Projekt in Leibnitz umsetzen wird. „Wir sollten die Entscheidung des Herrn Muster als Anlass nehmen, die Entwicklung dieses Gebiets am Rand unserer stark umweltbelas-



Alte Projekte – neue Straßen?

Im Zug der Ausbaupläne für die Neuholdaugasse besteht auch der Verdacht, dass die Neuholdaugasse eine Verbindung zur Andersengasse bekommen könnte. Aber auch schon vergraben geglaubte Pläne werden zur Zeit wieder aktualisiert: „So wird z.B. immer öfter darauf hingewiesen, dass der Jakominigürtel und der Münzgrabengürtel als Vorbehaltsflächen für eine innerstädtische Gürtelstraße freizuhalten sind. Gegen die Erschließung von Wohngebieten mit Straßen ist nichts einzuwenden, aber weitere Gürtel- und

Durchzugstraßen brauchen wir nicht“, bekräftigt BV-Stv. Herbert Wippel seinen Standpunkt zum Verkehr in Jakomini.

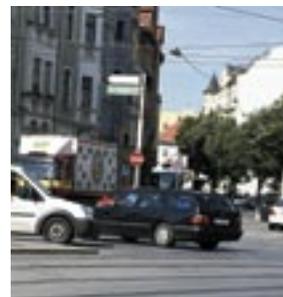
teten Stadt wieder selbst in die Hand zu nehmen“, regt BV-Stv. Kurt Luttenberger (KPÖ) an.

„Daher fordern wir nun die Stadtpolitiker auf, raschest das ökologisch sensible Areal wieder in Grünland umzuwidmen, damit künftige Generationen einen Naherholungsgürtel, von der Ankerstraße ausgehend, bis zur Grottenhofstraße genießen können.“

ST. LEONHARD

Verkehrschao

Mit der Situation am Dietrichsteinplatz ist wohl niemand so richtig glücklich: Das Durcheinander von Straßenbahn, Radfahrern, Fußgängern, Taxis, Bus, privaten PKWs und LKW-Zulieferern ist kaum zu überbieten. „Es ist ein



Wunder, dass nicht öfter etwas passiert“, kommentiert Gemeinderätin Lisbeth Zeiler (KPÖ) das Verkehrschao. „Dazu kommt noch, dass jetzt nicht nur durch die Bäckerei Auer, sondern auch durch den Sparmarkt Gehsteig und Zebrastreifen oft als Ladezone missbraucht werden, kritisiert Zeiler.

EGGENBERG

Aufforsten

Große Empörung und Proteste löste der im Vorjahr durch Herrn Hohenberg veranlasste Kahlschlag hinter dem Schloss Eggenberg aus. Jetzt wurde Hohenberg per Gerichtsbeschluss dazu aufgefordert, Wiederaufforstungsmaßnahmen vorzunehmen. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stv. Eva Maria Fischer freut sich, dass hier die weitere Reduzierung des Grazer Waldbestandes abgewendet werden konnte.



GEIDORF

**Schwimmschul-
kai verparkt**

Zwischen dem Amtshaus des Landes Steiermark und dem Wasserwerk wird der Schwimmschulkaai hauptsächlich von Autos in Besitz genommen. „Dass gerade hier Autos fahren und parken ist besonders schade, weil dadurch der Naherholungsbereich entlang der Mur unterbrochen wird. Wir werden versuchen, diesen Bereich soweit wie möglich autofrei zu bekommen“, kündigt KPÖ-Bezirksrätin Grete Skedelj eine Initiative im Bezirksrat an.

GRIES

Spießbrutenlauf

Auch Monate nach der Eröffnung des Penny-Marktes in der Karlauer Straße gibt es noch kei-



nen Fußgängerübergang über die breite Zufahrt zum Lebensmittelmarkt. Fußgänger sind nach wie vor gezwungen, über den ganzen Parkplatz zu gehen, dann über den Mühlgang und wieder zurück.

KPÖ-BV-Stellvertreterin Inge Arzon, die bereits vor Monaten einen entsprechenden Antrag eingebracht hat, fragt sich: „Wann wird man an dieser stark frequentierten Stelle endlich an die Fußgänger denken? – Wenn der erste Tote zu beklagen ist?“

Bankerlsitzen

Nachdem BR Gerti Stangl (KPÖ) den Zustand der Bänke bei den Seniorenwohnhäusern in der Körblergasse beanstandet hatte, ist jetzt die Zusage da: Die ÖWGes. wird die desolaten Bänke reparieren bzw. erneuern. „Ich freue mich darüber und hoffe natürlich, dass das bald passiert, damit die Senioren noch viele schöne Sonnenstunden in diesem Jahr auf den Bänken genießen können.“

LIEBENAU

**Schleppender
Umbau**

„Zuerst hat es geheißt, mit Anfang des Jahres wird der Umbau der UPC-Arena fertig sein. Dann hat man uns getröstet mit der Aussage, dass mitten in der Saison die Sektoren nicht gewechselt werden können. Die Anrainerbeschwerden, die jetzt als Verzögerungsgrund angegeben werden, gibt es auch nicht erst seit gestern. Um sich mit den Beschwerdeführern zu

GÖSTING

Barrierefrei

Im März brachte Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gerhard Strohriegl (KPÖ) einen Antrag ein, damit das Bezirksamt behindertengerecht umgebaut wird. Dieser hat zu großen Diskussionen geführt, schlussendlich aber doch bewirkt, dass dieser Umbau jetzt tatsächlich stattfindet. So wird der Behindertenparkplatz, der sich derzeit im Hof befindet, dann in die Wienerstraße verlegt, und von dort eine Rampe für den barrierefreien Zugang zu Bezirks- und Sozialamt sowie zur Bibliothek er-

ANDRITZ

Am Ursprungweg zwischen Geißberggasse und Zelinkagasse im Bezirk Andritz gibt es immer wieder kritische Situationen. Dieses Straßenstück verfügt über keinen Fußweg oder Gehsteig, wird aber sehr stark von Schülern, Eltern mit Kleinkindern, Kinderwägen, Spaziergängern mit Hunden, Radfahrern und Kraftfahrzeugen jeglicher

**Fahrverbot Ursprungweg**

Art benützt. Aber auch die diversen Müllabfuhr-LKWs haben so ihre Probleme aufgrund der dort parkenden Autos. Daher wünschen sich die Anrainer ein Fahrverbot für

dieses Straßenstück mit Ausnahme der Müllabfuhr. KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer wird sich dafür einsetzen, dass die Anrainer von der zuständigen Fachabteilung zu einem Gespräch vor Ort eingeladen werden, um ihre Vorschläge einbringen zu können und das Problem bestmöglich zu lösen.

MARIATROST

„Mi:LDs“ Frühstück

Unter dem Motto „A Ruah is – langsamer ist leiser“ veranstaltete die unabhängige Bürgerinitiative Mi:LD am 16. Juni ein Straßenfrühstück in Mariagrün. Auch KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger sowie KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch (beide aus Mariagrün) nahmen teil. Beim Frühstück wurden mögliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Mariatrosterstraße



erörtert. Erste erfreuliche Erfolge kann die Bürgerinitiative bereits verzeichnen: Die mobile Geschwindigkeitsanzeige wird demnächst angeschafft.

WETZELSDORF

**Bezirkszentrum
zerstört**

Nachdem im Zentrum von Wetzelsdorf das Adeg-Geschäft weggekommen ist, haben nun auch das Café und die Trafik zusperrten müssen. Die Gebäude wurden teilweise bereits abgerissen. Geblieben ist das Postamt, dessen Bestand aber auch nur bis 2010 gesichert ist. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Günther Leber hatte an die Gemeinde appelliert, das Areal zu kaufen und ein Kulturzentrum zu errichten, zuletzt anlässlich der „Werkstatt Graz“. – Leider ohne Erfolg. „Ich bin entsetzt, das jetzt auch das Zentrum unseres Bezirkes privaten Interessen zum Opfer gefallen ist“, bedauert er.

einigen, hätte die Behörde genügend Zeit gehabt“, ärgert sich BV-Stv. Max Korp (KPÖ), denn „das heißt nämlich auch, dass die Linie 4 bei jedem Heimspiel von Sturm unterbrochen wird und mit teuren Ersatzbussen der P&R-Platz Murpark bedient werden muss!“



richtet. Gerhard Strohriegl freut sich, dass die Qualität der Serviceämter auf diese Weise verbessert wird.

**Gefährliche
Hecken**

Viele Klagen der Fußgänger gibt es aus der Kleinoschegstraße (Foto) und Viktor-Franz-Straße, wo die an sich schönen Büsche an den Zäunen weit in den Gehsteig ragen und wochenlang nicht gestutzt werden. Vor allem ältere Menschen sind bei Gegenverkehr sehr verunsichert und gehen dann auf die Straße hinunter – eine gefährliche Situation für Fußgänger, Schulkinder und Autofahrer.



KLEINANZEIGEN

Gesucht:

Babyausrüstung

Nette Familie aus der Mongolei benötigt dringend alles für ein Baby (Kinderwagen, Gitterbett, Babywäsche etc.), sowie Geschirr und Hausrat. Wer derlei Dinge kostenlos zur Verfügung stellen kann, bitte bei OMEGA - Frau Pahlevan, unter der Grazer Telefonnummer: 77 35 54 11 melden!

Gesucht:

Kleinwohnung

44jähriger, alleinstehender Mann sucht eine 30-35m² Mietwohnung, Bad, WC, vorzugsweise in Peterstal, Waltendorf oder Ragnitz, max. Miete 250,- bis 260,- Euro. Zuschriften an das Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98, 8020 Graz, oder E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at unter Kennwort: Mietwohnung.

Arbeit

Suche Arbeit im allgemeinen **Bürobereich**, Callcenter, Empfang im Raum Graz, Frau Holzinger, Telefon 0699/81772418.

Verlässliche **Raumpflegerin/Reinigungskraft** sucht Beschäftigung. Telefon 0664/95 49 627.

Profi, junger Familienvater, sucht Beschäftigung als **Zusteller** (Führerschein B), Telefon 0664/4930 598.

Übernahme stundenweise **Seniorenbetreuung**, von Montag bis Freitag - Tel.: 0676/535 23 41.

Kaminholz

Holz für Kamine, trocken, BUCHE oder EICHE, ofenfertig in sauber gelegter Kiste: 25cm - 33cm - 50cm, frei Haus mit KRAN- oder HUBWAGERL abgeladen, auch händische Einlagerung möglich, ab Euro 60,-/RM. Tel. 0650/5332203, www.kaminholz-frei-haus.com

Zu verkaufen

Damenfahrrad „Venice Onyx“ anthrazitfarben, Alu-Leichtrahmen, Gabelfederung, Rahmenhöhe 46 cm, Komfortsattel, abnehmbarer Leichtmetall-Einkaufskorb, „Intersport“ Garantie- und Leistungsspass, neuwertig, Euro 150,- Tel. 32 17 80 oder 069917321780, E-Mail: lizzzz@utanet.at

Red:out jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2 (Nähe Jakominiplatz).



Vorankündigung: Neutralität bleibt!

28./29. September 2007 findet in Graz eine Konferenz zum Thema „**Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?**“ statt.

Am 26. Oktober 07 gibt es auf der Burg Oberkapfenberg eine Großveranstaltung der KPÖ zum **Neutralitätsfeiertag**.

Helpen statt reden.

ELKE KAHR 



Mieternotruf
717108

www.kpoe-graz.at



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Automaten verbieten

Ich bin komplett Ihrer Meinung, dass etwas gegen das kleine Glücksspiel unternommen werden muss. Wie Sie richtig anführen, wird hierbei durch die Sucht alles verspielt, was man hat oder auch nicht hat. Wenn man allerdings keine Möglichkeit dazu hat oder in ein Casino fahren muss, ist dem sofort ein Riegel vorgeschoben und viele Österreicher hätten weniger Probleme.

Diese Sucht in den Griff zu bekommen ist „fast“ unmöglich. Ich danke daher der KPÖ für ihr Bemühen und hoffe, dass das

kleine Glücksspiel, welches unkontrollierbar (die Auszahlungsquote ist im Juni und Dezember meist sehr schlecht!) ist, umgehend verboten wird.

Da ich selbst betroffen war, mich jedoch aus den Fängen des Glücksspiels befreien konnte, weiß ich, wovon ich spreche. Leider sehe ich noch immer Freunde, die monatlich hunderte von Euro in Spielautomaten einwerfen und so zumindest Teile ihres Lohns verspielen. Die einfachste Variante ist, die Automaten zu verbieten, da ein echter Spieler ansonsten nicht davon ablässt.

Name der Redaktion bekannt

Erfolgreich vermittelt

Und das muss jetzt mal gesagt werden... wau: Wir – das sind Balu und Sumo – haben durch eure Tierecke völlig unkompliziert ganz super neue Herrchen und Frauchen gefunden, Balu in Graz und Sumo in Wünschendorf. Besser hätten wir es gar nicht treffen können! Es geht uns beiden sehr gut im neuen Zuhause und wir sagen ein herzliches Dankewauwufff!!

Lorena Tripolt im Auftrag von Balu und Sumo

www.kunstGarten.at

kunstGarten
Open Air Museum
ARCHIV HORTOPIA
Payer-Weyprecht-Str. 27,
8020 Graz
Ganzjährig geöffnet:
Freitag 18:00 -19:30,
Samstag 15:30-18:00 Uhr
und tgl. nach Vereinbarung

Lesungen

Fr, 6. Juli, 19:00 Uhr
Angelika Reitzer »TAG-HELLE GEGEND«, Roman, Roman, Haymon Verlag 2007

FILMCLUB

Sa, 7. Juli, ca. 20:30 Uhr
Die Enkel – „Les petis fils“, Ilan Duran Cohen, F 2004

Konzert Juli

Sa, 14. Juli, 18:30 Uhr
KONZERT Berndt Luef Quartett: 25 YEARS OF GOOD VIBES



TIERECKE

Manchmal sind Menschen aus schwer wiegenden Gründen gezwungen, sich von ihrem Haustier zu trennen. Wir wollen mit unserer Zeitung helfen, dass diese Tiere ein gutes, neues Zuhause finden. Wir veröffentlichen Ihre Anzeige gerne. Schön wäre, wenn Sie uns auch ein Foto schicken könnten: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Tel. 0316 /71 24 79 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at



Reitstall Murhof Graz

Dort wurde vor ca. 11 Monaten ein Pony gekauft. Es wurde immer dicker, und daher auch ein bisschen auf Diät gesetzt. Doch vor ein paar Tagen lag da plötzlich ein Ponyfohlen im Stall. Was für eine Überraschung!

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: stadtblatt@kpoe-graz.at DVR: 0600008 

Antriebswelle

Der Verein „Antriebswelle“ bietet Berufsorientierungsseminare „Mutter.Macht.Karriere“ mit Kinderbetreuung für Frauen, die noch karenziert sind. Interessierte Mütter können sich per E-Mail an antriebswelle@gmail.com oder im Internet unter antriebswelle.blogspot.com informieren.

KPO Fanshop



T-Shirts vota comunista, 10 Euro

Buttons, verschiedene Motive, 24mm.

Tel. 71 71 08
www.kpoe-graz.at



TERMINE

Frauengesundheitszentrum
Joanneumring 3, 8010 Graz,
Tel.: 0316 / 83 79 98

Krebsfrüherkennung am Gebärmutterhals, PAP - Abstrich, Beratung
Mittwoch, 4. Juli, um 15.00 Uhr, Dr.ⁱⁿ Brigitte Steingruber
Diese Beratung ist kostenlos.

Selbsthilfegruppe: Angst- und Panikattacken
Donnerstag, 12. Juli, 17.00 – 19.00 Uhr

Der Zentralverband der Pensionisten

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!
Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr

im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

ANLAUFSTELLE UND KOMMUNIKATIONSDREHSCHLEIBE Zentralverband der Pensionisten

Der älteste Pensionistenverband Österreichs führt nicht nur Sozial- und Rechtsberatungen durch, auch für Kultur und Unterhaltung wird gesorgt.

Eine Frau kommt ins Büro im Grazer Volkshaus. Derzeit bezieht sie Pflegegeld der Pflegestufe 1, doch ihr Zustand hat sich verschlechtert. Sie ist recht zitterig und hat Sehprobleme. Beim Zentralverband der Pensionisten hilft man ihr. Gemeinsam wird ein Antrag auf Erhöhung der Pflegestufe ausgefüllt. Dies ist nur ein Beispiel der vielfältigen Hilfestellungen, die der ZV der Pensionisten, der älteste Pensionistenverband Österreichs, bietet.

Der ZVP unterstützt Menschen bei Anträgen um Pflegegeld und Pflegegeld-Erhöhung sowie bei Pensionsanträgen. Weiters ist er beim Geltendmachen von Absetzbeträgen für Lohnsteuer bei Erwerbsminderung, Diäten usw. behilflich. „Oft kommen Menschen zu

uns, die aufgrund eines dringenden Notfalles eine Überbrückungshilfe benötigen, z.B. wenn der Kühlschrank kaputt geworden ist“, erzählt Alfred Froschauer, mittlerweile langjähriger Obmann des Zentralverbandes der Pensionisten, „dann können sie um einmalige Unterstützung ansuchen.“

Die zum Großteil ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen organisieren aber auch Freizeitaktivitäten. Durch die Teilnahme an Muttertags-, Geburtstags- und Weihnachtsfeiern sowie bei Ausflügen und kulturellen Aktivitäten erleben die älteren Menschen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und sind gleichzeitig in ein soziales Netz eingebunden. Alljährlich im Herbst gibt es ein steiermarkweites „Kollegentreffen“.

Mitglieder zahlen einen minimalen Jahresbeitrag von 15 Euro. Alfred Froschauer: „Unser Verband ist überparteilich. Auch Menschen, die nicht Mitglied beim ZVP sind, können sich an uns wenden.



Obmann Alfred Froschauer vom Zentralverband der Pensionisten.

Manche treten dann dem ZVP bei oder unterstützen uns mit einer Spende.“

Auf die drängendsten Probleme der PensionistInnen angesprochen, bringt Alfred Froschauer die mangelnde Unterstützung älterer, pflegebedürftiger Menschen durch den Staat sowie die einschneidenden Pensionsreformen in den letzten Jahren aufs Tapet. **Sprechstunden des Zentralverbandes der Pensionisten: Montag bis Freitag von 10.00 bis 14.00 Uhr Lagergasse 98a, 8020 Graz Tel. 0316 / 71 24 80.**



Die Pension genießen: Der Zentralverband der Pensionisten hilft dabei.

Foto: silvaphotOart

FÜR IMMER WENIGER GELD IMMER LÄNGER ARBEITEN?

Horrorjob Handel

Öffnungszeiten bis 21 Uhr, 10 Stunden Normalarbeitszeit täglich – so sieht die „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit im Handel aus. Gleich bleiben nur die Löhne – zu niedrig für ein menschenwürdiges Leben.

Wieder einmal wird ein Rückschritt als Fortschritt verkauft. Lange hat es gedauert, bis im 20. Jahrhundert der 8-Stunden-Tag, die 40-Stunden-Woche erkämpft war. Im 21. Jahrhundert geht es rapide rückwärts. Im Handel sind nun Öffnungszeiten von Montag bis Freitag von 6 bis 21 Uhr (am Samstag bis 18 Uhr) möglich. Dazu sind „Events“ erlaubt, die bis 24 Uhr dauern dürfen.

Die Geschäfte dürfen statt bisher 66 ab spätestens 1. Jänner 72 Stunden pro Woche aufsperrn, die Normalarbeitszeit wächst von 8 auf 10 Stunden.

Wieder profitieren große Handelskonzerne und Betreiber von Einkaufszentren. Kleine Handelsbetriebe, oft Familienbetriebe, bleiben auf der Strecke. Für sie bedeutet die neue Regelung noch länger offen

halten bei gleichem Umsatz. Auch Konsumenten sehen mehrheitlich keinen Bedarf. Viele haben auch immer weniger Geld zum Ausgeben!

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel liegt bei rund 44 Prozent. Mehr als 10 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel sind geringfügig beschäftigt. Sie arbeiten zu Zeiten, wo jede Kinderbetreuungseinrichtung geschlossen ist, müssen meist flexibel und auf Abruf einsetzbar sein. Das heißt: arbeiten in der Früh, am Abend, am Wochenende, kurzfristig angeordnete Überstunden.

Die Entlohnung im Handel ist schlecht (Beträge unter 900 Euro netto – bei Vollzeitarbeit! – sind keine Seltenheit. Und während die Kosten für Energie, Wohnen und Gesundheitspflege empfindlich gestiegen sind, blieben die

Löhne annähernd gleich. Von diesen „Errungenschaften“, die auf die Kappen von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein und der Gewerkschaft gehen, sind mehr als 500.000 Handelsangestellte in Österreich betroffen.

Die KPÖ Dist gegen derlei Verschlechterungen. Lange Arbeitszeiten, mangelnde Kinderbetreuung, schlechte Bezahlung sind nicht im Sinne der arbeitenden Menschen.



Länger Einkaufen – Gewinner sind die Handelskonzerne. Foto: www.bigshot.at

Einkaufen rund um die Uhr: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen sie!

Umfrage zu den Öffnungszeiten:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Sollen Geschäfte auch am Sonntag und nachts offenhalten? (Bitte ankreuzen)

1.) Unbedingt! Dann muss ich beim Einkaufen nicht auf die Uhr schauen.

2.) Nur, wenn die Angestellten dann nicht länger arbeiten müssen.

3.) Nein, denn der Sonntag muss frei bleiben.

Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der KPÖ Graz zugesendet

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) _____



An das **Grazer Stadtblatt**

c/o KPÖ-Graz
Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316 / 872 51 59



Die Ausweitung der Öffnungszeiten im Handel kommt. Demnächst dürfen Geschäfte 72 statt bisher 66 Stunden pro Woche offenhalten. Zugleich wächst die Normalarbeitszeit von 8 auf 10 Stunden.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at